Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau

Botschaft und Entwurf der Regierung vom 20. März 2001

Inhaltsverzeichnis	Seite
Zusammenfassung.....	1
I. Ausgangslage.....	2
1. Bundesrecht	2
2. Kantonales Recht	3
II. Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens.....	3
III. Schwerpunkte der Revision	4
1. Einführung einer neuen Prioritätenordnung	4
2. Unterhalt.....	4
3. Raumplanerische Massnahmen.....	5
4. Bauliche Massnahmen	5
4.1. Gewässerbau.....	5
4.1.1. Zuständigkeit und Verfahren	5
4.1.2. Kostenträger.....	6
4.2. Wasserbaupolizeiliche Bewilligung.....	6
4.2.1. Zuständigkeit.....	6
4.2.2. Verfahren	6
5. Renaturierung.....	8
6. Perimeter.....	8
6.1. Kostenverlegungsverfahren.....	8
6.2. Sondervorteils- und Verursacherprinzip.....	8
7. Staatsbeiträge	9
7.1. Beitragshöhe.....	9
7.2. Bemessung	9
8. Enteignung	10
IV. Auswirkungen in finanzieller und personeller Hinsicht	11
V. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln.....	11
VI. Antrag	31
Entwurf: Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau.....	31

Zusammenfassung

Das umfassend zu revidierende Wasserbaugesetz bezweckt den Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten vor den schädlichen Auswirkungen des Wassers. Damit sind sowohl die unmittelbar vom Wasser selbst ausgehenden Gefährdungen, als auch jene, die - wie etwa Rutschungen von Seitenhängen - vom Wasser nur mittelbar ausgehen, gemeint. In bezug auf die Massnahmen, mittels welcher diesen Gefährdungen begegnet werden soll, findet eine grundlegende Änderung gegenüber der heutigen Regelung statt. Statt wie bisher die Gewässer zu verbauen und zu korrigieren, wird künftig eine neuartige Prioritätenordnung gelten. Zuerst muss versucht werden, der Gefährdung Herr zu werden, ohne das Gewässer zu verbauen. Gedacht wird dabei insbesondere an die Freihaltung des notwendigen Überflutungsraums, an die Ausscheidung von Bauzonen mit speziell auf die konkrete Gefährdungssituation abge-

stimmten Regelbauvorschriften und an konsequenten Gewässerunterhalt. Erst in zweiter Linie werden die wasserbaulichen Massnahmen, die Eingriffe ins Gewässer zur Folge haben, zum Zug kommen.

Daneben werden neu auch ökologische Aspekte stärker hervorgehoben. Dazu gehören qualitative Anforderungen an die Gestaltung der Gewässer und Ufer und die Förderung von Renaturierungen, indem Finanzhilfen an die Wiederherstellung naturnaher Verhältnisse bei wasserbaulich belasteten Gewässern geleistet werden können. Umgekehrt werden künftig bauliche Massnahmen, welche den ökologischen Anforderungen nicht oder nur beschränkt gerecht werden, höchstens noch reduziert unterstützt.

An der Unterscheidung zwischen grösseren, subventionierten Gewässerbauprojekten und kleineren, oft parzellenbezogenen, bloss wasserbaupolizeilich bewilligten, nicht beitragsberechtigten Vorhaben wird auch inskünftig grundsätzlich festgehalten. Allerdings ist neu die politische Gemeinde - und nicht mehr der Staat - für Gewässerbauprojekt und Gewässerbauverfahren zuständig.

Die Finanzierung und damit auch das Beitragswesen werden neu organisiert. Auch künftig wird die Kostentragungspflicht für Gewässerbauprojekte grundsätzlich den Perimeterpflichtigen obliegen, d.h. denjenigen, die durch den Ausbau einen Sondervorteil erfahren. Zusätzlich müssen sich künftig aber auch die Verursacher von teuren Verbauungen finanziell beteiligen. Im Übrigen werden Beiträge an Gewässerausbauten von Staat und politischer Gemeinde nur noch für den Fall geleistet, dass die Ausbaurkosten den wirtschaftlichen Vorteil übersteigen, den die Kostentragungspflichtigen erlangen. Im Unterschied zu heute können künftig auch speziell kostspielige Unterhaltsmassnahmen von Staat und politischer Gemeinde mit Beiträgen finanziell unterstützt werden. Gesamthaft gesehen ist die Revision aber kostenneutral.

Schliesslich werden die Verfahren (Gewässerbauverfahren und wasserbaupolizeiliches Bewilligungsverfahren) neu geordnet, übergeordnetem Bundesrecht angepasst und - soweit möglich - vereinfacht. Aus Vereinfachungsgründen werden schliesslich auch - analog dem Strassengesetz - spezielle enteignungsrechtliche Vorschriften aufgenommen.

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen mit dieser Vorlage Botschaft und Entwurf des Gesetzes über Gewässerunterhalt und Wasserbau.

I. Ausgangslage

1. Bundesrecht

Die bundesrechtliche Grundlage des Wasserbaus ist heute das Bundesgesetz über den Wasserbau vom 21. Juni 1991 (SR 721.100; abgekürzt eidg. WBG). Daneben zeitigt aber auch das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991 (SR 814.20; abgekürzt GSchG) direkte Auswirkungen auf den Wasserbau. Bestand früher vor allem ein Bedarf an Regelungen betreffend Korrektion und Unterhalt von Fliessgewässern, kommt den Gewässern aufgrund der neuen bundesrechtlichen Erlasse insbesondere als Lebensraum grosse Bedeutung zu. Beim zeitgemässen Hochwasserschutz stehen Verbauungen und Verlegungen von Fliessgewässern nicht mehr im Vordergrund, sie sind vielmehr nur noch unter ganz bestimmten Voraussetzungen zulässig. Das Überdecken oder Eindolen von Gewässern ist grundsätzlich nicht mehr zulässig (Art. 38 GSchG). Art. 4 Abs. 2 eidg. WBG und Art. 37 Abs. 2 GSchG verlangen, dass bei Eingriffen in das Gewässer "dessen natürlicher Verlauf möglichst beibe-

halten oder wiederhergestellt" werden muss. Gewässer und ihre Ufer müssen so gestaltet werden, dass sie einer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt als Lebensraum dienen können, die Wechselwirkungen zwischen ober- und unterirdischen Gewässern weitgehend erhalten bleiben und eine standortgerechte Ufervegetation gedeihen kann. Die Ziele des modernen Wasserbaus liegen daher neben der Gewährleistung des Hochwasserschutzes immer mehr in der Erhaltung und Wiederherstellung naturnaher Gewässer.

Konsequenz dieser bundesrechtlichen Vorgaben ist, dass der Hochwasserschutz heute in erster Linie durch den ordnungsgemässen Unterhalt der Gewässer und durch raumplanerische Massnahmen zu gewährleisten ist (Art. 3 Abs. 1 eidg. WBG). Bauliche Massnahmen folgen erst an zweiter Stelle (Art. 3 Abs. 2 eidg. WBG).

2. Kantonales Recht

Das geltende Wasserbaugesetz vom 23. März 1969 (sGS 734.11; abgekürzt WBG) ist schon in Anbetracht dieser neuen bundesrechtlichen Erlasse weitgehend überholt. Daneben ist das geltende Recht aber auch unvollständig, in ökologischer Hinsicht unzeitgemäss und insbesondere hinsichtlich der Verfahren unzweckmässig. Der Revision, die nach dem RAVE-Verfahren durchgeführt wurde, lagen deshalb - neben der Notwendigkeit der Anpassung an das übergeordnete eidgenössische Recht - in konzeptioneller Hinsicht verschiedene weitere Vorgaben zugrunde. So war namentlich beabsichtigt,

- die Verfahrensbestimmungen zu vereinfachen und Bagatellfälle von der Bewilligungspflicht auszunehmen;
- zwischen Staat und politischen Gemeinden eine klare Aufgabenteilung zu verwirklichen;
- gemäss Motion BD 42.87.24 allfällige Staatsbeiträge an den Gewässerunterhalt analog dem Rheingesetz (sGS 734.21) zu prüfen;
- die Auswirkungen einer Reduktion der Staatsbeiträge an Gewässerbauprojekte zu prüfen und - soweit möglich - reduzierte Beitragssätze in das Gesetz aufzunehmen;
- die Bestimmungen über das Perimeterverfahren nach dem Vorbild des Strassengesetzes (sGS 732.1; abgekürzt StrG) zu vereinfachen und den Koordinationsgrundsätzen anzupassen;
- im Gesetz klarzustellen, in welchen Fällen neben dem Vorteils- neu das Verursacherprinzip bei der Kostentragung angewendet wird.

II. Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Im März 1999 ermächtigte die Regierung das Baudepartement, über das Konzept die externe Vernehmlassung zu eröffnen (RRB 1999/166). Insgesamt wurden 47 Vernehmlassungen eingereicht, 22 davon stammten von politischen Gemeinden. Die Vernehmlassungsteilnehmer begrüssten grossmehrheitlich die geplante Totalrevision.

Die wichtigsten Anliegen betrafen die Bereiche Unterhalt, Gewässerausbau, Renaturierung, Perimeter und Staatsbeiträge. Zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmer traten mehr oder weniger klar für die Prüfung eines Systemwechsels ein. Die Einteilung der Gewässer in Klassen (vergleichbar dem Strassengesetz) und eine Befreiung der Anstösser von der Beitragspflicht wurden befürwortet. Ein weiteres Schwergewicht in den Vernehmlassungen - insbesondere in jenen der Gemeinden - lag bei der Aufgabenteilung zwischen Staat und politischen Gemeinden. Viele Vernehmlassungsteilnehmer sprachen sich dafür aus, dass Projekterstellung und Oberbauleitung vom Staat an die Gemeinden delegiert werden sollten. Ebenfalls vorab bei den politischen Gemeinden bestand eine Abwehrhaltung gegen die Absicht, künftig auch Gemeinden, die durch ortsplanerische Massnahmen Bauten und Anlagen in unmittelbarer Nähe eines Gewässers zulassen, als Verursacher zu betrachten und für die Tragung der Mehrkosten des Gewässerausbaus heranzuziehen. Einzelne Vernehmlassungsteilnehmer hielten es zudem für

wichtig, den Grundsatz der "Zumutbarkeit" bei der Festlegung der Höhe der Kostentragungspflicht nicht aus den Augen zu verlieren.

Die im Vernehmlassungsverfahren gemachten Anregungen und Vorschläge wurden geprüft und entsprechend den Zielsetzungen der Revision beurteilt. Sie führten teilweise zu Änderungen, aber auch zu Ergänzungen des Konzepts. Die Regierung beschloss im September 2000 (RRB 2000/687), das Konzept aufgrund der Vernehmlassungen und der im Nachgang getätigten Abklärungen zu bereinigen. Sie sah schwerpunktmässig vor, einerseits das Gewässerbau- und damit auch das Kostenverlegungsverfahren vollständig auf Gemeindeebene zu delegieren. Andererseits wurde darauf verzichtet, die Gemeinden als Verursacher bei der Kostentragung von Gewässerausbauten in die Pflicht zu nehmen. Auf weitere Konzeptbereinigungen wird im Zusammenhang mit den jeweiligen Gesetzesbestimmungen hingewiesen.

III. Schwerpunkte der Revision

1. Einführung einer neuen Prioritätenordnung

Im neuen Gesetz werden die ökologischen Aspekte stärker hervorgehoben. Einerseits kommt Unterhalts- und Planungsmassnahmen die Priorität vor baulichen Eingriffen in Gewässer zu. Andererseits werden qualitative Anforderungen an die Gestaltung von Gewässern und Ufer gestellt.

2. Unterhalt

Nach geltendem Recht obliegt die Unterhaltungspflicht grundsätzlich den Grundeigentümern, bzw. den Anstössern (Art. 11 Abs. 1 und 3 WBG). Wo ein Gewässerausbau durch ein Perimeterunternehmen erfolgte, obliegt diesem auch der Unterhalt (Art. 11 Abs. 2 WBG). Die Unterhaltungspflichtigen haben die Unterhaltskosten selbst zu tragen (Art. 42 und 43 WBG). Eine finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand gab es bisher nicht.

Auch wenn bei der Revision des Wasserbaugesetzes grundsätzlich an dieser bewährten Regelung der Unterhalts- und Kostentragungspflicht festgehalten wird, gilt es doch zu berücksichtigen, dass dem Gewässerunterhalt in einer zeitgemässen Hochwasserschutz-Philosophie zentrale Bedeutung zukommt. Die Hochwassersicherheit ist nur gewährleistet, wenn der Unterhalt ordnungsgemäss durchgeführt wird, also regelmässig das Schwemmmaterial aus dem Gerinne entnommen, die Vegetation zurückgeschnitten, Auflandungen an den Ufern entfernt sowie Kiesfänge ausgebaggert werden. Auch die Bauwerke müssen unterhalten werden. Dessen Vernachlässigung schlägt sich zwar nicht unmittelbar in einer Verringerung der Hochwassersicherheit nieder, die Lebensdauer des Bauwerks verringert sich jedoch, die (staatlich subventionierte) Erneuerung wird früher erforderlich.

Nachdem der Staat jährlich erhebliche finanzielle Mittel für den hochwassersicheren Ausbau von Gewässern aufwendet und demnach auch ein erhebliches Interesse an der Erhaltung der Hochwassersicherheit dieser Gewässer hat, werden künftig einzelne, besonders kostspielige Unterhaltungsmassnahmen - zur Entlastung der Pflichtigen und zur Erhöhung der Sicherheit - von Staat und politischer Gemeinde mitfinanziert. Dies geschieht in bewusster Abkehr von der sonst angestrebten Aufgabenentflechtung zwischen Staat und politischen Gemeinden.

Durch die Mitfinanzierung von Unterhaltungsmassnahmen wird dazu beigetragen, dass die Abflusskapazität hochwassersicher ausgebauter Gewässer erhalten bleibt und somit erst gar keine ausserordentlichen Beiträge des Staates bei Hochwasserkatastrophen notwendig werden. Überdies kann der Motion BD 42.87.24 Rechnung getragen werden.

3. Raumplanerische Massnahmen

Um die neue Prioritätenordnung der Massnahmen zur Sicherstellung des Hochwasserschutzes umsetzen zu können, verpflichtet das eidgenössische Wasserbaugesetz in Verbindung mit der eidgenössischen Wasserbauverordnung (SR 721.100.1) - wie übrigens auch das eidgenössische Waldgesetz (SR 921.0; abgekürzt WaG) - die Kantone, Gefahrenkataster und -karten zu erstellen und diese bei raumwirksamen Tätigkeiten zu berücksichtigen. Nach Art. 6 Abs. 1 eidg. WBG leistet der Bund im Rahmen bewilligter Kredite Abgeltungen an die Kantone mit mittlerer und schwacher Finanzkraft für Massnahmen des Hochwasserschutzes. Er gewährt sie namentlich für die Erstellung von Schutzbauten und Anlagen (lit. a) sowie die Erstellung von Gefahrenkatastern und Gefahrenkarten (lit. b). Abgeltungen werden nach Art. 6 Abs. 2 eidg. WBG jedoch nur gewährt, wenn die vorgesehenen Massnahmen auf einer zweckmässigen Planung beruhen und die gesetzlichen Anforderungen erfüllen.

Unabdingbare Grundlagen für die Vornahme einer zweckmässigen Planung bilden Gefahren- oder Ereigniskataster und Gefahrenkarte. Der Gefahren- oder Ereigniskataster ist ein Verzeichnis beobachteter Ereignisse. Er gibt eine Antwort auf die Frage, was sich wann und wo und in welchem Ausmass ereignet hat. In einem weiteren Schritt wird die Intensität und Auftretenswahrscheinlichkeit möglicher Hochwasserereignisse festgehalten. Zu diesem Zweck werden Gefahrenkarten geführt. Die Gefahrenkarte macht genaue Angaben zu Gefahrenart, räumlicher Ausdehnung und Grad der Gefährdung. Sie ist eine Eignungskarte, die aufzeigt, welche Gebiete wegen bestehender Naturgefahren nicht oder nur bedingt für bestimmte Nutzungen geeignet sind. Die Gefahrenkarte bildet die fachliche Grundlage für die Richt- und Nutzungsplanung sowie die Projektierung von Schutzmassnahmen. Gefahrenkarten sind künftig Voraussetzung, um überhaupt noch Bundessubventionen für Projekte zum Schutz vor Naturgefahren gemäss Waldgesetz und eidgenössischem Wasserbaugesetz zu erhalten.

Wichtig ist dabei zu erkennen, dass die Gefahrenkarten und die daraus abgeleiteten planerischen Umsetzungen mittelfristig spürbare Einsparungsmöglichkeiten beim Gewässerausbau bringen werden, indem künftig auf verschiedene Projekte, die heute noch ausgeführt würden, verzichtet werden kann bzw. muss. Die frühzeitige Freihaltung des erforderlichen Überflutungsraums von Gewässern ist kostengünstiger als die nachträgliche Erstellung von Schutzbauten.

Übergangsweise - d.h., bis zum Vorliegen dieser planerischen Grundlagen - werden Gewässerausbauten nur noch vorgenommen, wenn ein Gutachten dies als notwendig ausweist.

4. Bauliche Massnahmen

4.1. Gewässerbau

4.1.1. Zuständigkeit und Verfahren

Nach geltendem Recht ist der Staat für grössere, subventionierte Gewässerbauprojekte zuständig. Ihm obliegen Projekterstellung sowie Oberbauleitung, währenddem die politischen Gemeinden für Finanzierung und Bauausführung zuständig sind.

Aufgrund des Ergebnisses der externen Vernehmlassung entschied die Regierung, das Gewässerbau- und damit auch das Kostenverlegungsverfahren vollständig auf Gemeindeebene zu delegieren. Sofern das Vorhaben durch Beiträge des Bundes und des Kantons unterstützt werden soll, braucht es allerdings auch inskünftig eine enge Zusammenarbeit mit der staatlichen Aufsichtsbehörde. Dies betrifft vor allem die Freigabe des Projektstarts, die förmliche Genehmigung des Gewässerbauvorhabens, eine dem konkreten Projekt angemessene Baubegleitung und letztlich eine staatliche Bauabnahme.

Der Staat kann künftig nur noch gemeindeübergreifende Ausbauprojekte - aber auch solche nur ausnahmsweise - in eigener Zuständigkeit erstellen und ausführen.

4.1.2. Kostenträger

Das geltende Recht sieht grundsätzlich die Kostentragungspflicht der Anstösser bzw. des Perimeterunternehmens vor. Es geht davon aus, dass diejenigen, die den für ein natürliches Gewässer notwendigen Freiraum nützen und dadurch seinen hochwassersicheren Ausbau erforderlich machen, dafür auch aufzukommen haben (vgl. Art. 42 und 43 WBG). Nur wenn die Kosten des Ausbaus eines Gewässers die Kräfte der Pflichtigen übersteigen, hat die politische Gemeinde Beiträge zu leisten (Art. 44 Abs. 1 WBG). Deren Beiträge sind so hoch zu bemessen, dass sie zusammen mit den Leistungen des Bundes und des Staates jene Kosten decken, deren Übernahme für die Pflichtigen nicht tragbar ist (Art. 44 Abs. 2 WBG).

An der grundsätzlichen Kostentragungspflicht der Anstösser bzw. des Perimeterunternehmens wird auch im neuen Wasserbaugesetz festgehalten. Allerdings musste dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Art. 44 Abs. 1 des geltenden Rechts in der Praxis nicht angewendet wurde. So wurde bei der Festlegung der von den Pflichtigen zu tragenden Kosten nie auf deren finanziellen „Kräfte“ abgestellt. Regelmässig wurde vorab der Anteil der öffentlichen Hand festgelegt und nur der verbleibende Restbetrag auf die kostentragungspflichtigen Grundeigentümer überwält. Die Bindung der Beitragspflicht der politischen Gemeinde an die "Kräfte der Pflichtigen" war aber auch kein sachgemässes Kriterium für die Bestimmung der Kostenhöhe und deshalb in der Praxis kaum anzuwenden.

Zweckmässiger und sachgerechter ist es, nicht auf die finanziellen Verhältnisse der Pflichtigen, sondern auf den jeweiligen wirtschaftlichen Vorteil (resultierend aus dem Hochwasser- und Erosionsschutz), den ihre Grundstücke durch den Gewässerausbau erfahren, abzustellen. Der wirtschaftliche Vorteil, den ein Perimetergebiet durch den hochwassersicheren Ausbau eines Gewässers erfährt, wird inskünftig auf der Grundlage der Gefahrenkarte sowie der Risiko- und Schutzdefizitkarten rechtsstaatlich korrekt abschätzbar sein. Am Grundsatz, dass die öffentliche Hand Beiträge an Gewässerbauprojekte leistet, wird zwar auch im neuen Wasserbaugesetz festgehalten. Beiträge an die Ausbaukosten von Gewässern werden künftige aber nur noch in jenen Fällen ausgerichtet, in denen diese den wirtschaftlichen Vorteil der Unterhaltspflichtigen übersteigen und diese Kosten auch nicht nach dem Verursacherprinzip gedeckt werden können.

4.2. Wasserbaupolizeiliche Bewilligung

4.2.1. Zuständigkeit

Neben den grösseren, subventionierten Gewässerbauprojekten, die dem Gewässerbauverfahren unterliegen, gibt es nach geltendem Recht auch andere, regelmässig kleine, nicht beitragsberechtigte Vorhaben, die mit einer wasserbaupolizeilichen Bewilligung ausgeführt werden dürfen. Zuständige Stelle des Staates für die Erteilung der wasserbaupolizeilichen Bewilligung ist seit 1. März 1996 das Tiefbauamt nach Art. 1 des Regierungsbeschlusses über die zuständige Stelle des Staates nach dem Wasserbaugesetz (sGS 734.111). Am Bewilligungserfordernis durch die zuständige Stelle des Staates wird - weil sich durch eine Delegation der Zuständigkeit auf Gemeindeebene keine Verfahrensvereinfachungen einstellen würden - auch künftige festgehalten.

4.2.2. Verfahren

Das geltende Recht sieht für die Erteilung einer wasserbaupolizeilichen Bewilligung kein erstinstanzliches Auflage- und Einspracheverfahren vor. Dies macht den Anschein, als ob ein Gesuch von der zuständigen Stelle des Staates bewilligt werden könnte, ohne dass vorgängig ein Verfahren durchgeführt werden müsste. Das trifft allerdings aus diversen Gründen nicht zu:

- Nach Art. 29 Abs. 2 der Bundesverfassung (SR 101; abgekürzt BV) ist der Anspruch auf rechtliches Gehör ein garantiertes Grundrecht, das dem Einzelnen gewährleistet, in allen

Verfahren staatlicher Einzelfallentscheidung mitzuwirken, soweit der in Frage stehende Hoheitsakt ihn belasten könnte. Er muss die Möglichkeit haben, seine Position rechtzeitig in den Entscheidungsprozess einzubringen. Der Anspruch auf rechtliches Gehör bedarf daher der Eingliederung in ein geordnetes Verfahren.

- Der Anspruch der beschwerdeberechtigten Organisationen auf rechtliches Gehör muss sichergestellt sein. Der Bundesgesetzgeber hat mit der Änderung des NHG durchgesetzt, dass sich beschwerdelegitimierte Organisationen neuerdings bereits am erstinstanzlichen Verfahren beteiligen können müssen (Art. 12a Abs. 2 NHG). Sie haben deshalb Anspruch darauf, über Art und Tragweite des Bauvorhabens hinreichend in Kenntnis gesetzt zu werden.
- Für bauliche Massnahmen im Rahmen des Wasserbaus findet auch das Bundesgesetz über die Raumplanung (SR 700; abgekürzt RPG) Anwendung. Das eidgenössische Wasserbaugesetz verdrängt das Raumplanungsgesetz nicht. Die beiden Bundesgesetze sind folglich koordiniert anzuwenden. Die Bestimmung über die Bewilligungspflicht in Art. 22 Abs. 1 RPG ist somit auch im Bereich des Wasserbaus anwendbar. Weil Gewässerläufe mehrheitlich nicht in einer Bauzone liegen, ist für bauliche Massnahmen in und an diesen Gewässerabschnitten also regelmässig auch eine Ausnahmebewilligung nach Art. 24 RPG erforderlich, wobei die Standortgebundenheit dieser Vorhaben grundsätzlich gegeben sein wird.
- Jedes wasserbaupolizeilich relevante Vorhaben erfordert überdies - neben verschiedenen weiteren kantonalen Bewilligungen - eine kommunale (Bau)Bewilligung nach Art. 98 Abs. 2 des Baugesetzes (sGS 731.1; abgekürzt BauG). Schliesslich sind nach Art. 98 Abs. 1 lit. a BauG Bäche, Flüsse, Seen und ihre Ufer als Schutzgegenstände zu erhalten. Eine Beeinträchtigung von Schutzgegenständen ist somit nur mit Bewilligung des Gemeinderates und erst nach Vornahme einer umfassenden Interessenabwägung zulässig (Art. 98 Abs. 2 BauG). Letztere wiederum ist nur durchführbar, wenn auch alle berührten Interessen bekannt sind.

Aus all diesen Gründen ist es unumgänglich, vor der Erteilung der einschlägigen Bewilligungen ein Bewilligungsverfahren durchzuführen. Gleichzeitig ist es naheliegend, dafür ausdrücklich das ordentliche Baubewilligungsverfahren nach Art. 82 BauG bzw. - als spezialgesetzliche Regelung - das Planverfahren nach Art. 39 ff. des Strassengesetzes (sGS 732.1; abgekürzt StrG) vorzusehen, wenn die wasserbaupolizeiliche Bewilligung in Zusammenhang mit einem Strassen- oder Wegprojekt zu erteilen ist. Auf diese Weise braucht weder eine neue Kompetenzordnung noch ein neues Verfahren eingeführt zu werden, womit ohnehin nur wieder neue Abgrenzungsfragen geschaffen würden. Überdies bleibt so auch die Autonomie der politischen Gemeinden gewahrt, nachdem es ja - wie übrigens schon heute - deren Aufgabe ist, zu prüfen, ob für ein Vorhaben überhaupt eine wasserbaupolizeiliche Bewilligung eingeholt werden muss. Nur wenn diese Frage bejaht wird, muss zwingend das Baubewilligungs- bzw. allenfalls das Planverfahren durchgeführt werden.

Nachdem künftig auch sichergestellt sein muss, dass die beschwerdeberechtigten Organisationen vom Vorhaben in ausreichender Form Kenntnis erlangen, wird im neuen Gesetz vorgeschrieben, was die politischen Gemeinden seit dem Kreisschreiben von Tiefbauamt, Planungsamt und Jagd- und Fischereiverwaltung vom 13. Januar 1998 bei allen wasserbaupolizeilich relevanten Vorhaben bereits heute praktizieren: Beim ordentlichen Baubewilligungsverfahren wird künftig sowohl innerhalb wie ausserhalb der Bauzone das vollständige Gesuchsformular als Anzeige dem Heimatschutz St.Gallen-Appenzell I.Rh., der Pro Natura St.Gallen-Appenzell (bzw. dem Naturschutzverein St.Gallen und Umgebung) sowie dem WWF St.Gallen / Appenzell angezeigt. Genauso wird künftig der Einheitlichkeit halber auch beim Planverfahren vorgegangen.

5. Renaturierung

Nach der gesetzlichen Regelung ist der Staat heute nur in der Lage, Gewässerbauprojekte zu subventionieren. Diese dienen, nach der Umschreibung im geltenden Recht, ausschliesslich dem Hochwasser- und/oder dem Erosionsschutz. „Reine“ Renaturierungen von Gewässern, die zwar gewässerökologisch von erheblichem Interesse sind, aber aus Gründen des Hochwasser- oder Erosionsschutzes nicht erforderlich waren, konnten aufgrund der geltenden gesetzlichen Regelung nicht gefördert werden; zudem fehlte es für deren Durchführung auch an geeigneten Verfahrensvorschriften.

Dies wird sich ändern. Einerseits sieht Art. 7 eidg. WBG die Möglichkeit einer Finanzhilfe an die Kantone für die Wiederherstellung naturnaher Verhältnisse bei wasserbaulich belasteten Gewässern vor. Andererseits gebietet die Zielsetzung des neuen Wasserbaugesetzes, die eine stärkere ökologische Ausrichtung des Wasserbaus verfolgt, künftig auch „reine“ Renaturierungen zu ermöglichen und finanziell zu fördern. Renaturierungen erhalten deshalb künftig einen wichtigeren Stellenwert. Dementsprechend wird das Gewässerbauverfahren sachgemäss auch für „reine“ Renaturierungen bereits hochwasser- und erosionssicherer Gewässer angewendet. Zudem wird der Staat solche Vorhaben künftig finanziell unterstützen. Dadurch kann ein Anreiz für politische Gemeinden geschaffen werden, zwar hochwassersichere, allerdings hart verbaute oder eingedolte Gewässerabschnitte zu renaturieren.

Da „reine“ Renaturierungen, im Unterschied zu vorab Schutzzwecken dienenden Gewässerbauprojekten, regelmässig überwiegend im öffentlichen und weniger im privaten Interesse liegen, ist es angezeigt, dass die Renaturierungskosten - in Abkehr vom allgemeinen Grundsatz - vollständig von der öffentlichen Hand (Bund, Kanton und politischer Gemeinde) getragen werden.

6. Perimeter

6.1. *Kostenverlegungsverfahren*

Das geltende Recht stellt weder sicher, dass ein Perimeter errichtet wird noch zu welchem Zeitpunkt er errichtet wird. In der Praxis kam es denn auch häufig vor, dass Gewässerbauprojekte öffentlich aufgelegt worden sind, ohne dass ein Perimeter bestanden hätte oder wenigstens die Errichtung eines solchen gleichzeitig eingeleitet wurde. Die vom Projekt betroffenen Grundeigentümer hatten zum Zeitpunkt der Auflage des Ausbaivorhabens oft keine Ahnung, ob bzw. wieviel sie an die Baukosten beizutragen haben. Sie konnten deshalb auch nicht entscheiden, ob sie sich gegen das Projekt wenden sollen oder nicht.

Künftig werden die Bau- und die Unterhaltskosten im Kostenverlegungsverfahren in jedem Fall - d.h. auch dann, wenn Staat und Bund keine Beiträge leisten sollten - durch Errichtung eines Perimeters aufgeteilt. Das Kostenverlegungsverfahren, das analog dem Strassengesetz ausgestaltet wird, und das Verfahren für die Realisierung des Gewässerbauprojekts werden - sofern noch kein Perimeter besteht - miteinander koordiniert durchgeführt. Dadurch wird sichergestellt, dass Grundeigentümer, die Beiträge an ein Gewässerbauprojekt zu leisten haben, davon und über die voraussichtliche Höhe der Beiträge (Kostenvoranschlag) bereits zum Zeitpunkt der Auflage des Ausbauprojekts in Kenntnis gesetzt werden. Es wird deshalb künftig grundsätzlich für jedes Gewässerbauprojekt der beitragspflichtige Perimeter (Ausbau- und auch Unterhaltperimeter) bestimmt. Analog Art. 77 Abs. 3 StrG kann auf die Einleitung eines Perimeterverfahrens nur verzichtet werden, wenn die Kostentragung (für Ausbau und für Unterhalt) vertraglich geregelt ist.

6.2. *Sondervorteils- und Verursacherprinzip*

Nach geltendem Recht umfasst der Perimeter die Grundstücke und Anlagen eines Gebietes, das durch den Ausbau des Gewässers einen Vorteil erfährt. Es geht damit ausschliesslich vom Sondervorteilsprinzip aus.

Es ist jedoch zweckmässig, bei der Umgrenzung des Perimeters neben dem Sondervorteils- auch das Verursacherprinzip zu berücksichtigen. Oft sind teure Gewässerausbauten gerade deshalb nötig, weil Bauten und Anlagen zu nahe an Gewässern erstellt wurden. Sie verursachen damit einerseits den Gewässerausbau und haben überdies zur Folge, dass die Gewässer nicht mehr naturnah ausgebaut, sondern - in Ermangelung des notwendigen Freiraums - hart verbaut oder gar eingedolt werden müssen, was wiederum deutlich höhere Kosten mit sich bringt. Demzufolge werden diese Mehrkosten neu auch direkt dem Verursacher und nicht auch den anderen Perimeterpflichtigen belastet. Unter Verursacher ist also der Grundeigentümer zu verstehen, der die Baute oder Anlage, welche für eine kostenintensivere Verbauung des Gewässers kausal ist, erstellt hat. Über diesen Verursacherbegriff hinaus werden künftig - wie schon bisher - nur die Inhaber künstlicher Wassereinleitungen perimeterpflichtig sein, wenn durch das Einleiten das natürliche Wasserregime des Gewässers wesentlich geändert wird und dadurch erhöhte Aufwendungen für wasserbauliche Massnahmen notwendig werden. Andere Oberlieger sind schon aus Praktikabilitätsgründen nicht einzubeziehen, weil sich ansonsten kaum eine vernünftige Begrenzung der Kette der einzubeziehenden Grundstücke und damit des Perimeters finden liesse.

7. Staatsbeiträge

7.1. Beitragshöhe

Nach geltendem Recht gewährt der Staat an den Ausbau von Gewässern Beiträge von 20 bis 30 Prozent unter der Voraussetzung, dass die politische Gemeinde ebenfalls Beiträge leistet. Bei besonders schwer finanzierbaren, grossen Gewässerkorrekturen kann der Staatsbeitrag bis auf 40 Prozent erhöht werden, wenn sonst die Belastung für die politische Gemeinde untragbar würde (Art. 45 Abs. 3 WBG).

Um künftig bei der Vergabe der staatlichen Beitragsleistungen flexibler vorgehen zu können, wird die Beitragspflicht so ausgestaltet, dass der Staat nicht mehr zwingend Beiträge zwischen 20 und 30 Prozent auszurichten hat, sondern grundsätzlich solche bis zu 25 Prozent leisten kann. Staatsbeiträge von höchstens 35 Prozent können an die Kosten von besonders grossen Gewässerbauprojekten, solche von höchstens 40 Prozent an die Kosten von Wildbachverbauungen ausgerichtet werden. Durch diese Neuregelung ist es möglich, dass der Staat bei nicht vordringlichen Projekten seinen Beitrag erheblich reduzieren oder ihn in Ausnahmefällen sogar ganz streichen kann. Die Einführung einer „Kann-Vorschrift“ für die Beitragsausrichtung ist erforderlich, weil die Zuständigkeit für das Gewässerbauverfahren künftig bei den politischen Gemeinden liegt. Da der Staat ein genehmigungsfähiges Projekt einer Gemeinde auch genehmigen muss, ist es zwingend, dass er wenigstens die Möglichkeit hat, die Subventionierung zu steuern. Es muss zulässig sein, die Ausrichtung des Beitrags, z.B. mangels zur Verfügung stehender Kredite oder wegen fehlender Priorität des Projekts, zu verweigern. Das Projekt könnte in solchen Fällen - wenn auch ohne staatliche Unterstützung - wenigstens von der Gemeinde ausgeführt werden.

Für sehr aufwändige Unterhaltsmassnahmen wird ein staatlicher Höchstbeitragssatz von 25 Prozent, für Renaturierungen ein solcher von 35 Prozent gewährt.

7.2. Bemessung

Die Höhe der Staatsbeiträge richtet sich nach geltendem Recht nach der Belastung der politischen Gemeinde durch den Wasserbau, nach deren Finanzkraft sowie nach dem Interesse an der Ausführung.

Diese Bemessungsweise des Staatsbeitrags ist heute zu wenig differenziert. Sie ist weitgehend auf das Interesse an der Verringerung des Schadenspotentials ausgerichtet und trägt der Art und Weise der Realisierung des Hochwasser- und Erosionsschutzes zu wenig Rechnung. In

der Praxis beachten deshalb Regierung und Baudepartement bei der Subventionierung von Gewässerbauprojekten bereits seit Jahren vermehrt ökologische Aspekte des Wasserbaus. Beitragszahlungen für den Ersatz von Eindolungen werden schon seit Jahren nicht mehr gewährt. Einzig Durchlässe unter öffentlichen Verkehrswegen werden zu 50 Prozent als beitragsberechtigt anerkannt, sofern die Erneuerung des Durchlasses gleichzeitig auch zu einer Erhöhung der Hochwassersicherheit führt. Im Übrigen sind auch die Kriterien der "Belastung der politischen Gemeinde durch den Wasserbau" und "deren Finanzkraft" nicht mehr zeitgemäss. Das Kriterium der "Belastung der Gemeinde durch den Wasserbau" spielt bereits heute bei der Beitragsbemessung lediglich eine untergeordnete Rolle. Es wird auch bei der Subventionierung in anderen Bereichen (bspw. Abwasseranlagen) nicht berücksichtigt. Die Finanzkraft der politischen Gemeinden ist im Rahmen des allgemeinen Finanzausgleichs zu berücksichtigen. Die Gewährung eines "weiteren" Finanzausgleichs im Wasserbaugesetz ist unnötig und nicht transparent.

Die Höhe der Staatsbeiträge wird sich deshalb künftig nur noch nach dem Interesse an der Ausführung des Projekts (Grösse des Gewässers, Gefährdungspotential, Schadenspotential u.ä.) und nach dem Kriterium des ökologischen Werts der baulichen Massnahmen bemessen. Zudem werden bauliche Vorleistungen der politischen Gemeinde, die sich vorteilhaft auf das Gewässerbauprojekt auswirken, bei der Bemessung berücksichtigt. Der Ersatz bestehender Eindolungen wird - unter Beibehaltung der bereits heute anerkannten Ausnahmen bei öffentlichen Verkehrswegen - explizit als nicht beitragsberechtigt bezeichnet. Zudem werden - in Berücksichtigung des Umstands, dass künftig im Kostenverlegungsverfahren vermehrt die Verursacher von nicht naturnahen Verbauungen zur Kostentragung herangezogen werden - nur noch höchstens 50 Prozent der Kosten von ökologisch minderwertigen, teuren Verbauungsvarianten vom Staat subventioniert.

8. Enteignung

Das geltende Recht enthält keine enteignungsrechtlichen Bestimmungen. Enteignungsrechtliche Probleme in Zusammenhang mit Gewässerbauprojekten stellten sich in letzter Zeit aber immer häufiger, nachdem einerseits Eindolungen grundsätzlich nicht mehr ersetzt werden dürfen und statt dessen durch offen geführte und damit viel mehr Platz beanspruchende Gerinne ersetzt werden müssen. Andererseits stellen sie sich insbesondere bei Bachverlegungen, wenn eine Wiederöffnung am Ort der bestehenden Eindolung nicht mehr möglich ist, sich aber an anderer Stelle eine offene und hochwassersichere Wasserführung kostengünstiger bewerkstelligen liesse. Deshalb werden spezielle enteignungsrechtliche Vorschriften ins Wasserbaugesetz aufgenommen. Zum Teil wird es in Ausnahmefällen durchaus erforderlich sein, im Rahmen eines Gewässerbauprojekts eine See- oder Fliessgewässerparzelle auszuscheiden, mithin eine formelle Enteignung vorzunehmen. Teils ist auch denkbar, dass in Einzelfällen Gewässerbauprojekte zu einer materiellen Enteignung führen könnten. Und letztlich ist auch im Regelfall - wenn nämlich keine materielle Enteignung mit einem Projekt verbunden ist - die Bauausführung und insbesondere die hiezu regelmässig erforderliche vorübergehende Beanspruchung von Privateigentum nur durchsetzbar, wenn vorgängig die privaten Rechte erworben bzw. enteignet werden können.

Das Enteignungsverfahren richtet sich grundsätzlich nach dem kantonalen Enteignungsgesetz. Zur Vereinfachung wird es im Wasserbaugesetz jedoch analog den Vorschriften des Strassengesetzes ausgestaltet. D.h., wer private Rechte abtreten muss, wird mit persönlicher Anzeige von der öffentlichen Auflage und vom Enteignungsbegehren in Kenntnis gesetzt. Die persönliche Anzeige gilt als Einleitung des Enteignungsverfahrens, und gleichzeitig mit der Einsprache gegen das Projekt ist auch Einsprache gegen die Zulässigkeit der Enteignung zu erheben. Dadurch können Doppelspurigkeiten zwischen Gewässerbau- und Enteignungsverfahren vermieden werden.

IV. Auswirkungen in finanzieller und personeller Hinsicht

Trotz der klaren Akzentverschiebungen werden mit der Revision des Wasserbaugesetzes keine höheren laufenden Kosten für Staat und politische Gemeinden als heute verbunden sein. Was an zusätzlichen Beiträgen für Unterhalt und Renaturierungen anfallen wird, kann durch Einsparungen beim Gewässerausbau kompensiert werden. Zusätzliche Kosten werden allerdings durch die Erarbeitung der von Bundesrechts wegen geforderten Gefahrenkarten entstehen.

Für die politischen Gemeinden ergibt sich durch die Delegation des Gewässerbauverfahrens auf Gemeindeebene eine neue anspruchsvolle Aufgabe. So hat die Gemeinde vorerst die Begründung der Notwendigkeit eines Projektes darzustellen. Dann ist die Arbeitsausschreibung der Ingenieur- und Expertenarbeiten entsprechend den Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen durchzuführen. Die Gemeinde wird die Projektierungsarbeit begleiten und leiten. Alsdann führt sie das Einspracheverfahren und allenfalls die Neuauflage des Projektes durch. Sie tätigt ebenfalls den Landerwerb, leitet die Bauarbeiten, führt eine Kostenkontrolle, erstellt die Ausführungsdokumentation und prüft das Werk auf Garantiemängel.

In den letzten Jahren nahm auf kantonaler Ebene im Tiefbauamt, Abteilung Gewässer, die Tätigkeit im Bereich der Stellungnahmen zur Raumplanung, bei der Mitarbeit im Bereich Gemeindeentwässerungspläne (GEP) sowie von regionalen Entwässerungsplänen (REP) stark zu. Zudem mussten vermehrt Gewässerkonzepte erarbeitet werden. Dies führte dazu, dass die Wasserbauprojekte oft nicht mit der nötigen Gründlichkeit hinsichtlich Hydraulik und Hydrologie geprüft werden konnten. Kurzfristig und termingebundenen Aufgaben binden Kapazitäten, was sich in den erwähnten anderen Bereichen so auswirkt, dass die Abteilung Gewässer oft zum Nadelöhr wird. Bemerkenswert ist, dass allein im Bereich der rasch zu erledigenden wasserbaupolizeilichen Bewilligungsverfahren 250 Stellenprozent eingesetzt werden müssen.

Durch den Philosophiewechsel (Priorität des Unterhalts und raumplanerischer Massnahmen vor dem Wasserbau) wird der Aufwand der Abteilung Gewässer im Tiefbauamt mit dem neuen Gesetz insgesamt nicht abnehmen. Im Bereich Unterhalt und Renaturierung ist gegenüber heute mit einem zusätzlichen Aufwand zu rechnen. So sind mehr Gesuche zur Unterstützung von aufwändigen Unterhaltsmassnahmen zu erwarten. Mehraufwand bringt auch die Erstellung der Gefahren- und Risikokarten, das Führen des Ereigniskatasters und des vom Bundesgesetz verlangten Schutzbautenkatasters.

Beim Gewässerausbau, für den schon bis anhin lediglich mit einem Anteil von etwa 0.5 Stellen und dies im oben erwähnten reduzierten Umfang gearbeitet wurde, kann erst nach einer Übergangsphase mit einer gewissen Entlastung gerechnet werden. Bis die neue Philosophie greift wird die Zahl der von den Gemeinden gestellten Gesuche nicht abnehmen. Das auch mit dem neuen Gesetz nötige Verfahren betreffend Zusicherung von Staatsbeiträgen (Prüfung der Notwendigkeit, Kontaktnahme mit den Bundesstellen, Vernehmlassung in der Verwaltung, Vorbescheid, Beratung der Gemeinde, Vermittlung von Fachspezialisten an die Gemeinde, Vorbescheid über die Höhe des Staatsbeitrages, definitive Projektgenehmigung, Baubegleitung mit Bauabnahmen in Etappen, Subventionsabrechnung für Bund und Kanton) erlaubt keine Reduktion des Zeitaufwands.

V. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Art. 1.

Das Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau misst dem Unterhalt der Gewässer viel stärkere Bedeutung zu als das bisherige Recht. Das kommt bereits im Titel des Gesetzes zum Ausdruck, der den Gewässerunterhalt an erster Stelle nennt, gleich wie auch Art. 1 Abs. 1. Die hohe Bedeutung des Unterhalts hat zwei Gründe:

- Der eine Grund ist ökonomischer Natur: Oft verhindert guter Unterhalt grössere Schäden am Gewässerbett, wodurch kostenintensivere wasserbauliche Massnahmen vermieden werden können. Wo ein Gewässer bereits verbaut war, „lohnte“ es sich nach bisherigem Recht, das keine finanzielle Förderung von Unterhaltsmassnahmen vorsah, den Unterhalt zu vernachlässigen, um an den Ersatz der verfallenden Verbauungen auf dem Umweg über den Bau Beiträge der öffentlichen Hand zu bekommen. Mit gutem Unterhalt, den das Gesetz zur Pflicht macht, können sich Ersatzinvestitionen in Zukunft erübrigen bzw. sie lassen sich zumindest zeitlich erheblich verzögern.
- Der andere Grund ist ökologischer Natur: Können wegen gutem Unterhalt wasserbauliche Massnahmen vermieden werden, bleiben entsprechend mehr Gewässer in natürlichem oder naturnahem Zustand. Das wiederum ist ein Hauptziel des Gesetzes (Art. 3 lit. b).

Art. 1 Abs. 2 umschreibt grob den Begriff des Wasserbaus und stellt klar, dass darunter nicht nur wasserbauliche Massnahmen im engeren Sinn, sondern auch Massnahmen zur Sicherung von Bodenbewegungen im Gewässerbereich und Renaturierungen fallen.

- Der Begriff der Massnahmen gegen Bodenbewegungen stammt aus dem Bundesrecht (Art. 3 Abs. 2 eidg. WBG). Damit sind z.B. Rutschungen, Hanginstabilitäten, Terrainveränderungen u.ä. gemeint. Sie können durch das Gewässer selbst (etwa durch Sohlen- oder Seitenerosion) oder durch andere hydrogeologische Erscheinungen (z.B. durch versickertes Meteorwasser) verursacht werden. Im ersten Fall sind die Gegenmassnahmen solche des Wasserbaus und unterstehen damit diesem Gesetz. Im zweiten ist die Grenze zu anderen gesetzlichen Regelungen zu ziehen. Zur einfacheren Abgrenzung wird der Geltungsbereich dieses Gesetzes auf Massnahmen zur Sicherung von Bodenbewegungen im Gewässerbereich eingeschränkt. Dadurch ist sichergestellt, dass nur Bodenbewegungen, die für ein Gewässer von Bedeutung sein können, indem sie sein Bett zu verändern oder durch eine Rutschung einen Stau zu verursachen drohen, oder durch das Gewässer selbst ausgelöst werden, den Vorschriften dieses Gesetzes unterstehen. Für andere Bodenverbesserungen finden meliorations- oder forstrechtliche Vorschriften Anwendung.
- Unter Renaturierungen im Sinn dieses Gesetzes sind nur „reine“ Renaturierungen zu verstehen. Das sind Renaturalisierungen von wasserbaulich belasteten Gewässern oder Gewässerabschnitten, die ökologisch von erheblichem Interesse sind, aber aus Gründen des Hochwasser- oder Erosionsschutzes eigentlich nicht erforderlich wären. Erfolgt eine Renaturierung auch nur zum Teil aus Schutzgründen, so werden die dadurch bevorteilten Grundeigentümer selbstverständlich kostentragungspflichtig. In diesem Fall handelt es sich aber auch nicht um eine „reine“ Renaturierung im Sinn des Gesetzes.

Neben Gewässerunterhalt und Wasserbau ist - wie bisher - auch die Wasserbaupolizei Gegenstand dieses Gesetzes. Sie ist in den Art. 25 f. und 52 bis 55 geordnet.

Art. 1 Abs. 3 behält Staatsverträge und spezialgesetzliche Regelungen für Rhein und Linth ausdrücklich vor. Dieser Vorbehalt ist durch die unerlässlichen Sonderregelungen für diese internationalen bzw. interkantonalen Gewässer bedingt.

Art. 2.

Das bisherige Recht fand nur auf die öffentlichen Gewässer Anwendung. Die Unterscheidung von öffentlichen und privaten Gewässern ist heute allerdings nicht mehr aufrecht zu erhalten. Einerseits unterstellt neu bereits das eidgenössische Wasserbaugesetz alle oberirdischen Gewässer seinem Geltungsbereich. Andererseits erfordert auch eine gesamtheitliche Betrachtungsweise beim Umgang mit Gewässern, diese Differenzierung aufzugeben. Die Gewässer bilden ein zusammenhängendes System. Fliessgewässer stehen in Verbindung mit Seen, oberirdische Gewässer mit Grundwasser, kleine Gewässer mit grossen. Die Veränderung der Versickerungsbedingungen und die Versiegelung des Bodens beeinflussen den Gewässerhaushalt. Jedes Gewässer, an dem etwas unternommen werden soll, ist Teil eines umfassenden Ganzen. Jedes Gewässer, auch ein kleiner Bach, kann von Bedeutung sein. Wird es nicht ordnungsgemäss unterhalten, entstehen Gefahren für das angrenzende Land oder für den unteren Gewässerteil. Ein unsachgemässer Eingriff verändert die Landschaft, gefährdet Fische

und Pflanzendecke und stört das ökologische Gleichgewicht. Diese Einsicht führte zur Aufgabe der Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Gewässern. Sie führte auch dazu, dass das neue Gesetz nicht nur den Hochwasserschutz regelt, sondern alle Massnahmen, die auf das Gewässersystem einen wesentlichen Einfluss haben.

Neu unterstehen alle Oberflächengewässer, ob stehend oder fliessend, ob gross oder klein, grundsätzlich dem Gesetz. Mit der Einschränkung des Geltungsbereichs auf die Oberflächengewässer sind einzig die Grundwasservorkommen generell ausgenommen.

Auch wenn im Prinzip alle Oberflächengewässer dem Gesetz unterstehen, bleiben Abgrenzungsprobleme:

- Das Gesetz stellt zunächst klar, dass ein Bach auch dort ein Oberflächengewässer bleibt, wo er in den Boden verlegt wurde. Das entspricht sowohl dem Grundsatz der Einheit der Materie als auch dem Prinzip, dass nur das Grundwasser vom Geltungsbereich des Gesetzes ausgenommen ist.
- Das Gesetz nennt als Abgrenzungskriterium die Existenz eines Bettes. Was kein Bett zu bilden vermag, ist grundsätzlich nicht von wasserbaulicher Bedeutung. Umgekehrt kommt es nicht darauf an, ob das Gewässer ständig Wasser führt oder zeitweise austrocknet. Bildet es auch bei bloss zeitweiser Wasserführung ein Bett, kann es unter dem Gesichtspunkt des Zweckes des Gesetzes (Art. 3) durchaus Bedeutung haben. Immerhin muss auch die bloss zeitweise Wasserführung regelmässig und normal sein. Entsteht bei einem ausserordentlichen Regenfall ein neues Gerinne im Feld oder Wald, kann es im Rahmen der Behebung der Unwetterfolgen selbstverständlich beseitigt werden.
- Zur Klarstellung werden Meteorwasserableitungen ausdrücklich vom Geltungsbereich ausgenommen. Solche künstlich erstellten Anlagen sind - selbst wenn sie offen geführt werden - regelmässig nur von untergeordneter wasserbaulicher Bedeutung.
- Für stehende Gewässer nennt das Gesetz kein Abgrenzungskriterium. Dennoch untersteht nicht jede Pfütze dem Gesetz. Entscheidend ist auch hier, ob ein stehendes Gewässer für das Erreichen des Gesetzeszweckes (Art. 3) relevant ist oder nicht. Unter diesem Gesichtspunkt bleiben zunächst kleine künstliche Anlagen, wie Feuerwehrweiher, Schwimmbecken und andere Badeanlagen sowie Biotope, Garten- und Amphibienteiche ausserhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes. Umgekehrt unterstehen ihm grosse Stauanlagen und Rückhaltebecken, sobald sie ein erhebliches Gefährdungspotential darstellen.

Art. 3.

Das Gesetz regelt allgemein das Verhalten des Menschen im Umgang mit den Oberflächengewässern (lit. b) und im Fall der Gefahr (lit. a). Im ersten Fall gilt als Ziel die Erhaltung bzw. Wiederherstellung naturnaher Gewässer. Im zweiten, wo das Gewässer zur Gefahr wird, verlangt das Gesetz, dass Schutzmassnahmen getroffen werden. Dabei sind Schutzmassnahmen nicht eng zu verstehen. Sie umfassen, wie sich aus Art. 4 ergibt, auch raumplanerische Massnahmen.

Die beiden Ziele sind grundsätzlich gleichwertig. Auf die Festlegung einer Priorität wurde bewusst verzichtet. Zwar können die Ziele in Konflikt geraten, wenn die Bewältigung einer Gefahr einen harten Eingriff ins Gewässer erfordert. Welchem Ziel der Vorzug gebührt, wird dann jeweils im Einzelfall, aufgrund einer umfassenden Interessenabwägung, festgelegt werden müssen.

Bereits aus dem Zweckartikel ergibt sich, dass Wasserbau im herkömmlichen Sinn nicht leicht hin betrieben werden soll, sondern nur, wenn Menschen und erhebliche Sachwerte bedroht sind. Der Schutz lediglich unerheblicher Sachwerte rechtfertigt von vornherein keinen Eingriff. Im Weiteren - wenn auch im Gesetz nicht ausdrücklich erwähnt - ist klar, dass aber auch eine bloss geringe Gefahr in der Regel noch keinen Eingriff ins Gewässer zu rechtfertigen vermag. Menschen und erheblichen Sachwerten müssen ernsthafte Gefahren drohen. Das bedeutet, dass nicht jede noch so hypothetische Gefährdung bereits Schutzmassnahmen rechtfertigt. Andererseits wird auch nicht verlangt, dass die Gefahr derart akut ist, dass sich geradezu not-

fallmässig Massnahmen aufdrängen. Wasserbau, speziell Hochwasserschutz, soll vorausschauend betrieben werden. Künftig werden deshalb Eingriffe ins Gewässer zu Schutzzwecken nur noch vorgenommen, wenn einerseits Gefahren-, Risiko- und Schutzdefizitkarten eine ernsthafte Gefährdung ausweisen und andererseits keine Möglichkeit besteht, dass Ziel auch mit mildereren Massnahmen (Unterhalts- und raumplanerische Massnahmen) zu erreichen.

Art. 4.

Art. 4 statuiert die Prioritätenordnung für die Mittel, die für den Hochwasserschutz eingesetzt werden. Erste Priorität hat der Unterhalt. Wo Unterhalt genügt, um Überschwemmungen zu vermeiden, soll nicht verbaut werden. Im gleichen Zug wie den Unterhalt nennt das Gesetz - in Anlehnung an das eidgenössische Recht - raumplanerische Massnahmen. Dennoch kommen sie erst in zweiter Priorität. Solange Unterhalt genügt, um den Hochwasserschutz zu gewährleisten, besteht kein öffentliches Interesse an weitergehenden Massnahmen. Wo Unterhalt aber nicht mehr ausreicht, ist zunächst zu prüfen, ob raumplanerische Massnahmen Abhilfe schaffen können. Erst wenn auch sie nicht genügen, kommen wasserbauliche Massnahmen im engeren Sinn in Betracht.

Art. 5.

In Beachtung der in Art. 4 festgesetzten verbindlichen Reihenfolge ist die Gewässerunterhaltungspflicht in Art. 5 Abs. 1 als erste Massnahme aufgeführt. Die vorrangige Stellung dieser Massnahme wird dadurch dokumentiert.

Im Gegensatz zu wasserbaulichen Massnahmen können Unterhaltsmassnahmen ohne wasserbaupolizeiliches Bewilligungsverfahren ausgeführt werden (Art. 25 Abs. 2). Da also mit der Beantwortung der Frage, ob eine vorgesehene Massnahme Wasserbau oder Unterhalt ist, gleichzeitig darüber entschieden wird, ob ein Bewilligungsverfahren mit Bekanntmachung und Einspruchsmöglichkeit oder eben kein Verfahren durchzuführen ist, müssen die Kriterien für die Abgrenzung zwischen Wasserbau und Unterhalt festgelegt werden. Art. 5 Abs. 2 umschreibt in einer Generalklausel lediglich allgemein, was unter Gewässerunterhalt zu verstehen ist - nämlich alle Massnahmen, die geeignet sind, Gerinne und Ufer eines Gewässers sowie die Wasserbauwerke in gutem Zustand zu erhalten. Auf eine darüber hinaus gehende beispielhafte Aufzählung einzelner typischer Unterhaltsmassnahmen im Gesetz wurde allerdings bewusst verzichtet. Statt dessen ist vorgesehen, in der Verordnung einen detaillierten Katalog von Unterhaltsmassnahmen aufzunehmen und dadurch zur Rechtsklarheit bei dieser in der Praxis oft Probleme bereitenden Abgrenzungsfrage beizutragen.

Die Absätze 2 und 3 von Art. 5 enthalten unbestimmte Gesetzesbegriffe. Während sich die Bedeutung des Begriffs „guter Zustand“ in Abs. 2 aus dem Gesetzeszweck (Art. 3) selbst ableiten lässt und stets nur im Einzelfall ermittelt werden kann, bedarf die Bestimmung von Abs. 3, welche normiert, dass der Gewässerunterhalt nach „ökologischen Grundsätzen“ durchzuführen ist, zusätzlicher Erläuterungen.

Ökologie ist ganz allgemein formuliert, die Wissenschaft von den Beziehungen der Lebewesen zu ihrer Umwelt. Sie beschreibt die Wechselbeziehungen zwischen den Lebewesen und ihrer Umwelt in einem ungestörten Haushalt der Natur. Massnahmen am Gewässer dürfen grundsätzlich keine Veränderungen am Ökosystem zur Folge haben, weil sie sonst zu einem dauernden Verlust von Biotopen führen könnten. Schädigungen eines Ökosystems können darüber hinaus auch zur Artenverarmung und damit zwangsläufig auch zur Schädigung anderer Ökosysteme führen. Die Forderung des Gesetzes, Gewässerunterhalt nach ökologischen Grundsätzen durchzuführen, bedeutet folglich, dass bei Unterhaltsmassnahmen künftig das Wohl der Lebensgemeinschaften (Tiere und Pflanzen) verstärkt zu berücksichtigen ist. Dafür sind die Auswirkungen beabsichtigter Massnahmen auf die Umwelt abzuschätzen. Bei unbelasteten, noch natürlichen Gewässern ist insbesondere darauf zu achten, dass sich die Fliessgeschwindigkeiten, die Sohlen- und Ufersubstrate, die vom Hochwasser überfluteten Flächen und die Belichtungsverhältnisse durch die Unterhaltsmassnahmen nicht verschlechtern bzw. dass sie sich - bei ohnehin schon belasteten Fliessgewässern - durch gezielten Massnahmeneinsatz wieder verbessern.

Art. 6.

Das Gesetz enthält keine konkreten Wasserbauvorschriften, die festlegen, wie hoch ein Überfall sein darf, welche Neigung eine Böschung aufweisen muss usw. Art. 6 nennt nur die typischsten bzw. häufigsten wasserbaulichen Massnahmen. Die Aufzählung ist nicht abschliessend. Zu den wasserbaulichen Massnahmen gehören allgemein gesagt alle Eingriffe am Gerinne oder Ufer, die der Gefahrenabwehr dienen und den Rahmen des Unterhalts und der raumplanerischen Massnahmen sprengen. Die konkrete Ausgestaltung einer wasserbaulichen Massnahme ist demzufolge einzelfallweise zu bestimmen. Dabei ist grundsätzlich vom Zweckartikkel dieses Gesetzes (Art. 3) auszugehen. Im Weiteren sind aber beispielsweise auch raumplanerische Grundsätze zu berücksichtigen.

Auch wasserbauliche Massnahmen haben selbstverständlich den ökologischen Grundsätzen zu genügen (vgl hierzu Art. 5).

Art 7.

Art. 7 beschreibt den Umfang der Wasserbaupflicht. Wenn auch der Einfachheit halber nur von *Wasserbaupflicht* gesprochen wird, so beinhaltet sie doch selbstverständlich auch die Pflicht, das Gewässer zu *unterhalten*.

Art. 8.

Das neue Gesetz hält in Bezug auf die Wasserbaupflicht an genau derselben Trägerschaft wie sie schon das bisherige Wasserbaugesetz gekannt hat fest. Art. 8 Abs. 1 sieht deshalb vor, dass Gewässerunterhalt und Wasserbau grundsätzlich von den Eigentümern der Grundstücke, die an das Gewässer anstossen, wahrgenommen werden müssen. Das Gesetz geht davon aus, dass diejenigen, die den für ein natürliches Gewässer notwendigen Freiraum einengen und nützen und dadurch Unterhaltmassnahmen oder bauliche Eingriffe am Gewässer erforderlich machen, um den hochwassersicheren Abfluss zu gewährleisten, diese Arbeiten auch selbst auszuführen oder zu veranlassen haben. Nur wenn ein Perimeterunternehmen besteht, obliegt diesem die Wasserbaupflicht.

Art. 8 Abs. 2 bestimmt, dass auch das Eigentum des Staates am Strandboden die Anstösser nicht von der ihnen obliegenden Wasserbaupflicht entbindet. Diese Regelung fand sich ebenfalls bereits im bisherigen Recht. Sie war und ist auch weiterhin notwendig, weil Art. 3 Abs. 1 des Gewässernutzungsgesetzes (sGS 751.1) festlegt, dass der Strandboden an den Seen Eigentum des Staates ist. Ohne der Bestimmung von Art. 8 Abs. 2 würde also dem Staat als Eigentümer des Strandbodens der Unterhalt der Seeufer obliegen. Von einzelnen Seegemeinden wurde in den letzten Jahren wiederholt eine Übernahme der Unterhaltungspflicht durch den Staat oder wenigstens eine finanzielle Beteiligung an den Unterhaltskosten gefordert. Die Vorsteher von Bau- sowie Justiz- und Polizeidepartement haben das allerdings in einem Kreisschreiben an die Seegemeinden vom 17. Februar 1993 mit Verweis auf die eindeutige gesetzliche Regelung abgelehnt. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens wurde der Wunsch nach Änderung der Rechtslage nur noch von einer einzigen Gemeinde geäussert. Eine Abkehr vom bisherigen Grundsatz ist allerdings auch heute nicht angebracht. Was den offenen See anbelangt, gilt zu bemerken, dass Art. 5 des Bundesgesetzes über die Binnenschifffahrt (SR 747.201; abgekürzt BSG) die Kantone ohnehin verpflichtet, schiffbare Gewässer schiffbar zu erhalten. Nach Art. 6 BSG können die Kantone festgefahrene, gesunkene oder betriebsuntaugliche Schiffe und andere Gegenstände, welche die Schifffahrt behindern oder gefährden, auf Kosten des Halters und des Eigentümers entfernen, wenn diese es nicht innert der ihnen gesetzten Frist tun. In Berücksichtigung dieser Rechtslage veranlasst das Schifffahrtsamt jedes Jahr, bei Bedarf als Präventivmassnahme, die gezielte Entfernung von die Schifffahrt im Besonderen gefährdenden Hindernissen, wie knapp an der Oberfläche treibende Wurzelstöcke, Baumstämme usw. Für weitergehende Reinigungsmassnahmen, namentlich an den Seeufern, besteht indessen von staatlicher Seite keine Notwendigkeit. Die Eigentümer von Privatgrundstücken, die an den See anstossen, befinden sich zum einen ohnehin an bevorzugter Lage. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass solche Privatnutzungen an den Seeufern den raum-

planerischen Grundsätzen, welche die Freihaltung und die freie Zugänglichkeit der Seeufer verlangen, an sich zuwiderlaufen. Unter diesen Umständen ist es nicht opportun, diese Grundeigentümer auch noch von der ihnen obliegenden Wasserbaupflicht zu entbinden oder sie bei der Wahrnehmung der ausschliesslich ihren Interessen dienenden Pflichten finanziell zu unterstützen.

Art. 9.

Damit der Wasserbau- oder Erfüllungspflichtige seine Unterhaltspflicht und die politische Gemeinde ihre Aufsichtspflicht erfüllen können, muss ihnen der Zugang zum Gewässer möglich sein. Die Grundeigentümer sind deshalb verpflichtet, ihnen diesen Zutritt zu gewähren. Es versteht sich von selbst, dass dabei auf die Interessen der zutrittsbelasteten Grundeigentümer grösstmögliche Rücksicht zu nehmen ist und sie in der Regel über bevorstehende Unterhaltarbeiten frühzeitig informiert werden sollen. Resultieren aus der Erfüllung der Unterhaltspflicht Schäden, sind diese selbstverständlich zu ersetzen.

Das Zutrittsrecht ist auf Unterhalts- und Kontrollmassnahmen beschränkt, weil bauliche Massnahmen am Gewässer ohnehin nur möglich sind, wenn entweder das Einverständnis des Wasserbaupflichtigen vorliegt oder die erforderlichen Rechte vorgängig erworben werden (vgl. Art. 22 ff.).

Art. 10.

Die Verpflichtung der Kantone zur Grundlagenerhebung im Bereich der Naturgefahren ergibt sich - wie oben unter Kap. III Ziff. 2 ausgeführt - aus dem Bundesrecht, vorab aus der Wasserbau- und Waldgesetzgebung. Die Kosten sollen durch den Staat übernommen werden, soweit nicht Bundesbeiträge erhältlich sind. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass sich Prozessräume (Lawinen, Rutschungen, Murgänge und Überflutungen) nicht an politische Grenzen halten. Das Projekt Naturgefahren (Erstellung von Gefahrenkarten) hat sich deshalb an Gewässersystemen und nicht an Gemeindegrenzen zu orientieren. Auch sind nicht alle Gemeinden in gleicher Weise von Naturgefahren betroffen. Sachliche Kriterien für eine Kostenbeteiligung der Gemeinden lassen sich deshalb kaum finden. Zuständig für die Führung des Gefahren- bzw. des Ereigniskatasters und die Erarbeitung der Gefahrenkarte, mithin für das Erarbeiten und Nachführen der planerischen Grundlagen, ist deshalb der Staat.

Art. 11.

Aufgabe der politischen Gemeinden ist es anschliessend, die Resultate der staatlichen Gefahrenabklärungen in der Ortsplanung zu berücksichtigen. Sie haben künftig mittels ortspanerischer Massnahmen (baureglementarische Spezialbestimmungen, Nichteinzonungen oder Auszonungen unüberbauter, gefährdeter Flächen) den von den Gewässern gefährdeten Raum, z.B. den Überflutungsraum, zu sichern und durch baupolizeiliche Vorschriften dem Objektschutz Rechnung zu tragen.

Art. 12.

Wasserbau im Sinn von Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes ist nur zulässig, wenn die geplanten Massnahmen vorgängig einem Bewilligungsverfahren unterstellt und für rechtmässig befunden werden. Das Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau sieht dafür wie bisher zwei Verfahren vor:

- das Gewässerbauverfahren nach Art. 12 ff. und
- das wasserbaupolizeiliche Bewilligungsverfahren nach Art. 25 f.

Grundsätzlich unterliegen wasserbauliche Massnahmen, einschliesslich der Massnahmen zur Sicherung von Bodenbewegungen (vgl. Art. 1 Abs. 2 Ziff. 1), und Renaturierungen dem Gewässerbauverfahren (Art. 12). Ausnahmen sind lediglich für geringfügige wasserbauliche Massnahmen im engeren Sinn vorgesehen (vgl. dazu Art. 25). Das bedeutet, dass alle wasserbaulichen Massnahmen, die mehr als geringfügig sind, sowie alle Massnahmen zur Sicherung von Bodenbewegungen und auch alle Renaturierungen dem Gewässerbauverfahren unterste-

hen. Beitragszahlungen der öffentlichen Hand setzen in jedem Fall zwingend die vorgängige Durchführung des Gewässerbauverfahrens voraus.

Obwohl es sich bei Eingriffen an Gewässern, die als Wasserbau betrachtet werden, regelmässig um baubewilligungspflichtige Vorkehren im Sinn von Art. 78 Abs. 1 und Art. 98 Abs. 2 BauG handelt, bedarf ihre Vornahme keiner gesonderten baupolizeilichen Bewilligung. Vielmehr ersetzt das Gewässerbauverfahren das Baubewilligungsverfahren (vgl. dazu auch die Ausführungen zu Art. 21).

Art. 13.

Das Konzept zur Revision des Gesetzes sah - wie übrigens schon das geltende Recht - vor, dass beim Gewässerbauverfahren die Zuständigkeit für Projekterstellung, Verfahrensdurchführung und Oberbauleitung beim Staat belassen werden soll. Zahlreiche Eingaben im Rahmen der externen Vernehmlassung - vor allem jene der politischen Gemeinden - widersprachen dem geplanten Festhalten an der bisherigen Zuständigkeitsordnung. Die Gemeinden sehen sich ohne weiteres in der Lage, diese Aufgaben selbständig zu erfüllen.

Es gibt gute Gründe für beide Varianten. Mit der nun erfolgten Delegation der Zuständigkeit für die Erstellung und Ausführung des Gewässerbauprojektes sowie für die Durchführung des Gewässerbauverfahrens an die Gemeinden soll der Gemeindeautonomie Rechnung getragen werden. Die Genehmigungspflicht (Art. 21), der das Gewässerbauprojekt unterliegt, stellt eine ausreichende staatliche Kontrolle sicher. Sofern das kommunale Vorhaben überdies durch Beiträge des Bundes und des Kantons unterstützt werden soll, braucht es auch inskünftig, über das Erfordernis der Genehmigung (Art. 21) hinaus, eine enge Zusammenarbeit mit der staatlichen Aufsichtsbehörde (vgl. Art. 41 ff.).

Die Regelung von Art. 13, die der politischen Gemeinde die Zuständigkeit für die Erstellung und Ausführung des Gewässerbauprojektes sowie für die Durchführung des Gewässerbauverfahrens überträgt, hat - zumindest in Bezug auf das Gewässerbauverfahren - eine teilweise Durchbrechung des in Art. 8 statuierten Grundsatzes über die Trägerschaft zur Folge. Obwohl in jener Vorschrift bestimmt ist, dass die Wasserbaupflicht den Anstössern oder einem allenfalls bestehenden Perimeterunternehmen obliegt, weicht Art. 13 hinsichtlich des Wasserbaus, nicht jedoch des Gewässerunterhalts davon ab. Dies ist erforderlich, weil solche Projekte regelmässig einen grösseren Interessentenkreis betreffen und es privaten Grundeigentümern deshalb nicht zumutbar ist, solche Projekte selbst abzuwickeln.

Art. 14.

Die in Art. 13 geregelte Delegation ist umfassend. Das bedeutet, dass die politischen Gemeinden künftighin nicht nur das Recht haben, Gewässerbauprojekte zu erstellen und auszuführen, sondern, dass sie dazu auch verpflichtet sind, wenn die Notwendigkeit für ein Projekt ausgewiesen ist. Zwar wird der Staat auch künftighin, wenn es gewünscht wird, den Gemeinden beratend zur Seite stehen. Eine darüber hinaus gehende Übernahme der nun den politischen Gemeinden obliegenden Rechte und Pflichten kommt indes nicht in Frage. Sollte eine Gemeinde ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, müsste sie aufsichtsrechtlich dazu angehalten werden.

Im Sinn einer Ausnahme hält Art. 14 fest, dass die zuständige Stelle des Staates ein Gewässerbauprojekt durchführen kann, wenn es mehrere Gemeinden betrifft. Im Regelfall sind aber auch solche gemeindeübergreifenden Gewässerbauprojekte Aufgabe der betroffenen Gemeinden selbst. Nachdem aber solche Grossprojekte regelmässig von hohem öffentlichem Interesse sind und aufsichtsrechtliche Massnahmen im Einzelfall aus Zeitgründen nicht zielführend sein könnten, muss dem Staat ausnahmsweise die Möglichkeit belassen werden, solche Gewässerbauprojekte gegen volle Kostenbelastung selbst durchzuführen. Wenn er von dieser Zuständigkeit Gebrauch macht, dann selbstverständlich ebenfalls umfassend, von der Projekterstellung über die Durchführung der Verfahren und der Vergabe bis hin zur Projektausführung.

Die Vorschriften über das Gewässerbau- und das Kostenverlegungsverfahren finden in diesen Fällen sachgemässe Anwendung.

Art. 15.

Das Gewässerbauprojekt muss immer auf fallspezifischen Risiko- und Schutzdefizitkarten beruhen. Nur mittels dieser Karten lassen sich verbindliche Aussagen darüber machen, ob die in der Gefahrenkarte ausgewiesene Gefährdung derart ernsthaft ist, dass keine andere Möglichkeit besteht, als ihr mittels baulicher Eingriffe am Gewässer Herr zu werden (vgl. Art. 3). Die Risiko- und Schutzdefizitkarten werden wie die Gefahrenkarten im Rahmen des Projekts „Naturgefahren“ vom Staat erstellt (Art. 10). Übergangsweise - also bis zum Vorliegen der planerischen Grundlagen auf staatlicher Seite - können Gewässerausbauten nur noch vorgenommen werden, wenn ein von der Gemeinde in Auftrag gegebenes fallspezifisches Gutachten, das dieselben Informationen wie eine Risiko- und Schutzdefizitkarte enthält, dies als notwendig ausweist.

Neben Risiko- und Schutzdefizitkarten bzw. - während der Übergangszeit - einem Gutachten hat das Projekt einen Technischen Bericht mit umfassender Projektbeschreibung und Begründung für den Ausbau sowie eine hydraulische Berechnung, Situationspläne und Längs- sowie Querprofile zu enthalten. Die Anforderungen, die an die Planunterlagen von Gewässerbauprojekten gestellt werden, sind hoch. Das liegt daran, dass beim Wasserbau - im Unterschied zum Strassenbau - das Gewässerprofil schon von Natur aus, aber auch wegen der gesetzlich verlangten naturnahen Gestaltung in sehr kurzen Abschnitten einer hohen Variabilität unterliegen muss. Es reicht deshalb nicht aus, das künftige Gewässerprofil mit einem typischen Normalprofil aufzuzeigen. Vielmehr sind - jeweils abhängig von den örtlichen Verhältnissen im Einzelfall - repräsentative Querprofile in ausreichender Zahl anzufertigen, um die Projektidee zu visualisieren und die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen überprüfbar zu machen. Die Aufzählung in Art. 15 ist lediglich beispielhaft. Sie beschränkt sich auf die wichtigsten, wohl im Regelfall erforderlichen Unterlagen. Eine abschliessende Aufzählung wäre schon wegen der Verschiedenartigkeit der Gewässer nicht möglich. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass für die Beurteilung der meisten Projekte zudem auch Bepflanzungs- und Unterhaltspläne erforderlich sein werden.

Daneben hat das Gewässerbauprojekt auch die Landbedarfslinien zu enthalten, welche die für den Ausbau notwendigen Flächen bezeichnen. Dabei ist zwischen Land zu unterscheiden, das dauernd und solchem, das nur vorübergehend beansprucht wird. Der Grundeigentümer muss aus dem Projekt erkennen können, welche privaten Rechte er abzutreten hat. Dies ist von Bedeutung, weil auch die Einsprache gegen die Zulässigkeit der Enteignung im Gewässerbauverfahren zu erheben ist (Art. 19 Abs. 1 lit. c). Im Enteignungs- bzw. Schätzungsverfahren sind dann Einsprachen gegen die Pflicht zur Abtretung privater Rechte ausgeschlossen (Art. 23 Abs. 3).

Weiter hat ein Projekt - zumindest soweit es Gewässerabschnitte innerhalb der Bauzone zum Gegenstand hat - zwingend auch Baulinien zu enthalten, die den von Bauten und Anlagen einzuhaltenden Gewässerabstand definieren. Die Baulinie hat in der Regel den nach Art. 59 Abs. 1 BauG bestimmten Gewässerabstand planlich umzusetzen. Sie schafft dadurch Rechtssicherheit, indem der Gewässerabstand im Einzelfall festgeschrieben wird, er sich also auch bei zeitweise veränderten Abflussverhältnissen innerhalb des Bachbetts nicht mehr verändert. Die Baulinie hat selbstverständlich nicht ausschliesslich den Zweck, einfach den gesetzlichen Abstand planlich darzustellen. Mit ihr ist auch dem jeweiligen Einzelfall angemessene Rechnung zu tragen. So ist denkbar, mit ihrer Hilfe beispielsweise Überflutungs- und Retentionsräume vor Überbauungen freizuhalten oder auch nur dem Gesetzeszweck entsprechende naturnahe Verhältnisse am Fliessgewässer umzusetzen. Mittels einer auf den Einzelfall abgestimmten Baulinie wird es künftig möglich sein, der mit dem Gewässerbauprojekt anzustrebenden grösstmöglichen Variabilität des Fliessgewässers gerecht zu werden und dem Bach auch für die Zeit nach dem Ausbau den erforderlichen Freiraum dauerhaft zu erhalten (vgl. dazu auch Art. 59 Abs. 2 und 4 BauG).

Sofern Uferwege für einen ordnungsgemässen Unterhalt des Gewässers nötig sind, sie ebenfalls ins Gewässerbauprojekt aufzunehmen.

Sowohl im Fall der Baulinie als auch im Fall von öffentlich zu klassierenden Uferwegen bleibt die Genehmigung der entsprechenden Planerlasse durch das Baudepartement jedoch ausdrücklich vorbehalten.

Art. 16.

Die öffentliche Projektauflage ist in jedem Fall auch im kantonalen Amtsblatt bekannt zu machen. Der Grund dafür liegt darin, dass der Anspruch der beschwerdeberechtigten Organisationen auf rechtliches Gehör sichergestellt sein muss. Der Bundesgesetzgeber hat mit der Änderung des NHG durchgesetzt, dass sich beschwerdelegitimierte Organisationen neuerdings bereits am erstinstanzlichen Verfahren beteiligen können müssen (Art. 12a Abs. 2 NHG). Sie haben deshalb Anspruch darauf, über Art und Tragweite des Bauvorhabens hinreichend in Kenntnis gesetzt zu werden. Hierzu ist erforderlich, das Vorhaben auch im kantonalen Amtsblatt zu publizieren.

Art. 17.

Weil die wasserbaurechtliche und die enteignungsrechtliche Planaufgabe neu vereinigt werden, sind jene Grundeigentümer von der Auflage in Kenntnis zu setzen, die private Rechte abtreten müssen. Die persönliche Anzeige gilt als Einleitung des Enteignungsverfahrens. Dies bedeutet, dass ab diesem Zeitpunkt der Abschluss von Vereinbarungen über die ausseramtliche Einigung nach Art. 31 EntG zulässig ist.

Art. 17 Abs. 3 verankert zudem die persönliche Anzeigepflicht gegenüber den beitragspflichtigen Grundeigentümern. Diesen ist gleichzeitig mit der öffentlichen Auflage des Gewässerbauprojektes auch der Beitragsplan zur Kenntnis zu bringen. Zwar ist nach Art. 19 Abs. 2 gegen den Beitragsplan gesondert Einsprache zu erheben, doch kommt für den Beitragspflichtigen insbesondere der Notwendigkeit und der Art der Ausführung des Projektes grundlegende Bedeutung zu, weil diese Fragen den Kostenrahmen vorgeben und über sie im Gewässerbauverfahren entschieden wird.

Art. 18.

Nach dem klaren Wortlaut dieser Bestimmung hat nur die Linienführung eines offen zu legenden Gewässers oder Gewässerabschnitts abgesteckt zu sein. Das bedeutet, dass zumindest der Verlauf der geplanten Böschungsoberkanten des Gewässers während der ganzen Dauer der dreissigtägigen Auflagefrist (Art. 16 Abs. 1) im Gelände sichtbar sein muss.

Art. 19.

Im Gewässerbauverfahren ist gleichzeitig auch über die Pflicht zur Abtretung privater Rechte zu entscheiden, sofern die Abtretung bestritten ist. Diese Lösung ist zweckmässig, stehen doch das Projekt und die Pflicht zur Abtretung privater Rechte in einem engen sachlichen Zusammenhang. Anders ist es bei der Bemessung der Entschädigung für die Abtretung privater Rechte. Die Entschädigungsfrage kann und soll im Enteignungs- bzw. Schätzungsverfahren beurteilt werden (Art. 23).

Der Rechtsschutz richtet sich im Übrigen nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (sGS 951.1; abgekürzt VRP) in Verbindung mit jenen des Gesetzes über die Verfahrenskoordination in Bausachen (sGS 731.2; abgekürzt VKoG).

Art. 20.

Das Gewässerbauverfahren ist grundsätzlich erneut durchzuführen, wenn das Projekt geändert wird. Bei unbedeutenden Projektänderungen genügt in Anlehnung an die Regelung im Strassengesetz die persönliche Anzeige an die Betroffenen unter Eröffnung einer Einsprachefrist von 30 Tagen. Eine Projektänderung ist dann „unbedeutend“, wenn sie einerseits weder hy-

draulisch noch ökologisch nachteilige Veränderungen zur Folge hat und andererseits der Kreis der Betroffenen klar abgegrenzt werden kann.

Art. 21.

Das Gewässerbauprojekt ist ein Sondernutzungsplan im Sinn des Bundesgesetzes über die Raumplanung (vgl. BGE 111 Ib 14/15 E. 3b mit Hinweisen). Während die Rahmennutzungspläne den umfassenden Grund der zugelassenen Nutzungen legen, gestalten die Sondernutzungspläne sie aus oder schaffen davon abweichende Regelungen (EJPD/BRP, Erläuterungen zum Bundesgesetz über die Raumplanung, Bern 1981, N. 2 der Vorbemerkungen zu Art. 14-20 RPG). Der von einem Gewässerbauprojekt erfasste Boden erhält eine besondere Zweckbestimmung, die sich von derjenigen des vom Fließgewässer durchquerten Bodens unterscheidet. Das Gewässerbauprojekt stellt den künftigen Gewässerlauf mitsamt den angrenzenden Ufergebieten mit hohem Detaillierungsgrad - vergleichbar mit einer Baubewilligung - dar. So bezeichnet es beispielsweise:

- die Gewässer- und Uferabschnitte, welche in natürlichem Zustand erhalten oder renaturiert werden;
- die Flächen, welche als Überflutungsgebiet oder als Rückhaltebecken dienen sollen;
- die Gewässer- und Uferabschnitte, an denen wasserbauliche Massnahmen getroffen werden;
- die Flächen, die für die Ableitung von Hochwasserspitzen oder die Umleitung eines Gewässers dienen;
- die Gebiete im Umkreis von Gewässern, in denen Vorkehrungen gegen Bodenbewegungen getroffen werden;
- die Uferbereiche, an denen Bepflanzungen angelegt werden;
- die Flächen, die der kurzzeitigen Ablagerung von Geschiebe im Notfall dienen;
- neu zu errichtende Uferwege, die für Unterhaltszwecke erforderlich sind;
- die Bereiche beidseits des Gewässers, in denen keine Bauten und Anlagen zulässig sind.

Mit dem Bau des Projektes wird der Sondernutzungsplan verwirklicht. Da es hierbei gerade nicht um eine Abweichung von einer Nutzungszone geht, das Gewässerbauprojekt vielmehr das Baubewilligungsverfahren ersetzt (Art. 12 Abs. 2), liegt ein Anwendungsfall von Art. 24 RPG nicht vor (vgl. dazu BGE 115 Ib 472 ff.). Dennoch liegt dem Erlass des Sondernutzungsplans immer eine umfassende Interessenabwägung zugrunde, bei der alle wesentlichen Gesichtspunkte, namentlich diejenigen des Raumplanungsgesetzes, des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz sowie der Gewässerschutz-, Forst- und Fischereigesetzgebung, koordiniert berücksichtigt werden müssen.

Die Genehmigung von kommunalen Nutzungsplänen durch eine kantonale Behörde ist bundesrechtlich in Art. 26 RPG vorgeschrieben. Im Genehmigungsverfahren ist zunächst zu prüfen, ob das Verfahren ordnungsgemäss durchgeführt worden ist. Sodann ist das Gewässerbauprojekt auf seine Übereinstimmung mit dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht zu überprüfen. Die Kontrolle beschränkt sich im Genehmigungsverfahren nicht auf die Rechtmässigkeit, sondern - analog Art. 3 Abs. 2 Satz 1 BauG - auch auf die Angemessenheit. Im Rahmen der Zweckmässigkeitsprüfung hat der Staat allerdings den Ermessenspielraum der politischen Gemeinde im Bereich der Sondernutzungsplanung zu beachten (vgl. Art. 3 Abs. 2 zweiter Satz BauG). Die Genehmigung ist Gültigkeitserfordernis, d.h., sie hat konstitutive Wirkung. Vor dem Tag der Genehmigung ist das Gewässerbauprojekt nicht rechtsgültig und darf daher auch nicht angewendet werden (vgl. Art. 24 lit. a).

Gleichzeitig mit der Genehmigung werden allfällige Staatsbeiträge an das Gewässerbauprojekt zugesichert. Ist dies der Fall, werden einzelfallweise auch die Periodizität der Baubegleitung durch die zuständige Stelle des Staates sowie die Details der Bauabnahme festgelegt. Der Entscheid über die Zusicherung erfolgt abschliessend; er ist nicht anfechtbar.

Die für die Genehmigung zuständige Stelle des Staates ist selbstverständlich an das Gesetz über die Verfahrenskoordination in Bausachen gebunden (Art. 1 Abs. 2 lit. A VKoG). Sie sorgt demzufolge namentlich für die formelle Koordination auf Stufe Staat und mit dem Bund (Art. 5 lit. b VKoG).

Art. 22.

In erster Linie sind die privaten Rechte freihändig zu erwerben. Nur wenn keine Verständigung erzielt werden kann, findet das Enteignungs- bzw. das Schätzungsverfahren statt.

Dabei gilt zu berücksichtigen, dass Gewässerbauprojekte in der Regel (ausgenommen an Seen und grösseren Bächen oder Flüssen) weder mit einer formellen Enteignung verbunden sind, d.h., die Schaffung eigener Gewässerparzellen nicht angestrebt wird, noch eine materielle Enteignung zur Folge haben. Gerade die Ausparzellierung eigener Gewässerparzellen ist mit einer naturnahen Wasserführung nur selten in Einklang zu bringen und hätte zudem ein Ansteigen der Unterhalts- und Ausbaukosten zur Folge, weil die Anstösser nach Hochwasserereignissen regelmässig die Wiederherstellung des ursprünglichen, ausparzellierten Gewässerverlaufs anstreben würden. Private Rechte müssen also regelmässig nur insofern erworben werden, wie es die Bauausführung notwendig macht.

Gegenstand der Einigungsverhandlung bilden einerseits die Entschädigung, andererseits aber auch Fragen des Realersatzes, der Fälligkeit der Entschädigung, vorzeitiger Besitzeserwerb und ähnliches.

Art. 23.

Im Fall des Nichtzustandekommens einer umfassenden Einigung kann jeder Beteiligte, also sowohl der Expropriant als auch der Expropriat, beim Präsidenten der Schätzungskommission für Enteignungen die Durchführung des Schätzungsverfahrens verlangen.

Art. 24.

Mit dem Gewässerbau darf erst begonnen werden, wenn die Voraussetzungen von Art. 24 kumulativ erfüllt sind. Zu kommentieren sind insbesondere die Bestimmungen von lit. a und c. Lit. a verlangt, dass das Gewässerbauprojekt rechtskräftig, also genehmigt ist (Art. 21 Abs. 1). Vor der Genehmigung des Baudepartementes ist der Baubeginn unter keinen Umständen zulässig. Selbst wenn die Genehmigung beispielsweise infolge hängiger Einsprachen gegen das Projekt von der federführenden Stelle des Staates aus koordinationsrechtlichen Gründen in Aussicht gestellt worden ist, darf der Baubeginn nach der Erledigung der Einsprachen noch nicht erfolgen. Vorgängig ist zwingend die definitive Genehmigung einzuholen.

Lit. c verlangt, dass die Beitragspflichtigen mit persönlicher Anzeige vom Beitragsplan in Kenntnis gesetzt sind. Die Anzeige geschieht im Gewässerbauverfahren (Art. 17 Abs. 3). Die Einsprachen sollen zeigen, ob dem Bau in finanzieller Hinsicht wesentliche Hindernisse entgegenstehen. Es ist dann Sache der politischen Gemeinde zu entscheiden, ob mit der Ausführung des Projektes begonnen werden soll. Mit dem Bau kann somit begonnen werden, bevor der Beitragsplan rechtskräftig ist. Nötig ist jedoch in jedem Fall die Eröffnung der persönlichen Anzeige über den Beitragsplan.

Art. 25.

Im Unterschied zum geltenden Recht ist die wasserbaupolizeiliche Bewilligung nicht mehr als Ausnahmegewilligung ausgestaltet. Dies ist nicht erforderlich, weil die Voraussetzungen, unter denen Eingriffe an Gewässern zulässig sind, im neuen Zweckartikel (Art. 3) ohnehin sehr restriktiv formuliert sind. Das wasserbaupolizeiliche Bewilligungsverfahren wird - nachdem das Gewässerbauverfahren nach Art. 12 ff. das Grundverfahren ist - künftig eine Art „vereinfachtes Verfahren“ für geringfügige wasserbauliche Massnahmen im Sinn von Art. 6 darstellen. Über diese wasserbaulichen Massnahmen im engeren Sinn, die in erster Linie dem Hochwasserschutz dienen, findet dieses Verfahren aber auch auf andere bauliche Vorkehrungen an Gewäs-

sern, wie beispielsweise Gewässerquerungen mit den verschiedensten Infrastrukturanlagen (Strassen, Wege, Werkleitungen usw.), Anwendung.

Mit geringfügigen wasserbaulichen Massnahmen sind in erster Linie kleine Verbauungen oder Eingriffe am Gewässer gemeint. Entscheidend ist dabei die geringe Bedeutung, die ein Vorhaben aus wasserbaulicher Sicht hat. Die allfällige fischereiliche, ökologische oder sonstige Bedeutung ist, da es nur um die Art des einzuschlagenden Verfahrens geht, unerheblich.

Die in Art. 25 Abs. 1 beispielhaft als wasserbaupolizeilich bewilligungspflichtig normierten Sachverhalte entsprechen dem geltenden Recht (lit. a und c) bzw. ergeben sich unmittelbar aus dem Bundesrecht (lit. d). Neu wird einzig lit. b eingefügt, weil sich in der Praxis immer wieder Probleme mit Werkleitungen ergeben haben, die allzu bedenkenlos unmittelbar entlang von Gewässern verlegt worden sind. Im Katastrophenfall werden diese Leitungen oft ausgespült und beschädigt, was einerseits ganze Dorfteile beeinträchtigt und andererseits nachträglich teure Gewässerverbauungen zum Schutz dieser Infrastrukturanlagen erforderlich macht. Künftig muss deshalb bereits vor der Verlegung von Werkleitungen eine allfällige Gefährdungssituation berücksichtigt werden.

Art. 26.

Zu dem vor Erteilung der wasserbaupolizeilichen Bewilligung durchzuführenden Verfahren vgl. oben Kap. III, Ziff. 4.2.2.

Art. 26 Abs. 3 lässt einen Verzicht auf das ordentliche Baubewilligungsverfahren in jenen Fällen zu, in denen die baulichen Massnahmen Ufer und Sohle des Gewässers nicht beeinträchtigen, mithin kein Eingriff in den Schutzgegenstand (Art. 98 Abs. 1 lit. a BauG) selbst erfolgt. Solche baulichen Massnahmen, zu denen im Regelfall beispielsweise gerade die Verlegung von Werkleitungen innerhalb des Gewässerabstands (Art. 25 Abs. 1 lit. b) zu rechnen sein wird, haben nur einen sehr eingeschränkten Interessentenkreis, weshalb sich ein Verzicht auf die Durchführung eines Verfahrens rechtfertigt. Gleiches trifft selbstverständlich auch für Gewässerüber- und Gewässerunterquerungen mittels Werkleitungen zu, die entweder im Pressverfahren verlegt oder an bereits bestehenden Brücken montiert werden.

Art. 27.

Vgl. hierzu die Ausführungen unter Kap. III, Ziff. 4.1.2. und 6.2.

Art. 28.

Zu den Beiträgen an Unterhaltsmassnahmen vgl. die Ausführungen unter Kap. III, Ziff. 2.; die Regelung, welche Unterhaltsmassnahmen sehr aufwändig und damit beitragsberechtigt sind, erfolgt in der Verordnung. Zu den Beiträgen an Gewässerbauprojekte vgl. die Ausführungen unter Kap. III, Ziff. 4.1.2 und 6.2.

Zur Finanzierung von Renaturierungen, worunter nur „reine“ Renaturierungen im Sinn von Art. 1 Abs. 2 Ziff. 2 zu verstehen sind, vgl. die Ausführungen unter Kap. III, Ziff. 5.

Art. 29.

Das Kostenverlegungsverfahren ist in den Art. 29 bis 40 geregelt. Es hat grundsätzlich zum Ziel, die bei Gewässerbauprojekten anfallenden Bau- und die Unterhaltskosten auf die Kostspflichtigen mittels Perimeter aufzuteilen. Art. 29 Abs. 1 zweiter Satz lässt jedoch auch vertragliche Vereinbarungen über die Kostentragung zu. Dabei handelt es sich um öffentlich-rechtliche Verträge zwischen Gemeinwesen (politischer Gemeinde, Staat) und den Kostspflichtigen. Vertragliche Vereinbarungen dürfen nicht gegen das Gleichheitsgebot verstossen, nicht zwingende Normen verletzen und vor allem nicht eine Änderung der gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge vorsehen.

Der Unterhalt von Gewässern gibt immer wieder zu Problemen Anlass. Es ist deshalb zweckmässig, im Rahmen von Gewässerbauprojekten nicht nur die Tragung der Baukosten zu regeln, sondern auch jene des Unterhalts.

Art. 8 bestimmt, dass der Gewässerunterhalt grundsätzlich den Anstössern obliegt, Art. 27 sieht vor, dass die Kosten des Gewässerunterhalts von den Pflichtigen, allenfalls auch von den Verursachern, zu tragen sind. Wenn diese Regelung gerecht ist und funktioniert, braucht es keinen Perimeter. Wenn ein bestehender Perimeter keine Probleme verursacht, braucht er auch nicht geändert zu werden. Art. 29 Abs. 2 umschreibt die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit nachträglich ein Perimeter errichtet oder geändert werden kann. Ist eine der in lit. a bis c erwähnten Voraussetzungen erfüllt, so hat der Grundeigentümer einen Rechtsanspruch auf Errichtung oder Änderung des Perimeters. Die politische Gemeinde kann aber auch von sich aus und ohne Begehren eines Grundeigentümers die Errichtung oder die Änderung eines Perimeters veranlassen, nämlich, wenn der zweckmässige Unterhalt es erfordert, der ordnungsgemässe Unterhalt sonst nicht mehr gewährleistet ist. Das wird etwa der Fall sein, wenn das Fliessgewässer über eine Vielzahl von Parzellen verläuft und die Sicherheitsansprüche der Grundeigentümer unterschiedlich sind.

Nach Art. 110 der Einführungsverordnung zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (sGS 911.11) können Perimeterpflichten von den zuständigen Behörden oder Organen zur Anmerkung angemeldet werden, sobald feststeht, dass das Grundstück im Perimeter liegt, wenn auch die Grösse der Belastung noch nicht bestimmt ist. Das Grundstück liegt dann im Perimeter, sobald der Beitragsplan nach Art. 32 für das fragliche Grundstück rechtskräftig ist.

Wird ein Grundstück geteilt, wird die Perimeterlast nach den Grundsätzen des Perimeters auf die von der Teilung betroffenen Grundstücke verlegt. Diese Verlegung hat durch Verfügung der zuständigen Gemeindebehörde zu geschehen. Die Anmerkung der Unterhaltspflicht im Grundbuch erfordert demgegenüber keine gesonderte Verfügung.

Art. 30.

Grundsätzlich sind alle Eigentümer von Grundstücken beitragspflichtig, denen durch den Ausbau eines Gewässers ein Sondervorteil entsteht. Die Beiträge werden einerseits nach den zu deckenden Kosten des Gewässerausbau, andererseits nach Massgabe des aus diesem erwachsenden Sondervorteils bemessen.

Art. 31.

Neben dem Sondervorteilsprinzip findet im neuen Gesetz bei der Bestimmung der Beitragspflicht auch das Verursacherprinzip Anwendung. Art. 31 bestimmt, dass Grund- und Werkzeugeigentümer, die wegen ihrer im, am und über dem Gewässer erstellten Bauten und Anlagen und der damit in Zusammenhang stehenden Gewässerverbauungen einen gegenüber einer offenen und natürlichen Gewässerführung kostenintensiveren Gewässerbau und -unterhalt verursachen, diese Mehrkosten selbst zu tragen haben. Nur die verbleibenden Grundkosten werden entsprechend dem Sondervorteilsprinzip verlegt.

Die Inhaber künstlicher Wassereinleitungen, vor allem jene, die Wasser aus fremden Einzugsgebieten zuleiten, sind für die verursachten Mehrkosten beitragspflichtig, wenn durch das Einleiten das natürliche Wasserregime des Gewässers so geändert wird, dass wasserbauliche Massnahmen getroffen werden müssen. Andere Oberlieger sind schon aus Praktikabilitätsgründen nicht einzubeziehen, weil sich ansonsten kaum eine vernünftige Begrenzung der Kette der einzubeziehenden Grundstücke und damit des Perimeters finden liesse.

Art. 32.

Der Beitragsplan ist der Verwaltungsakt, durch den die Beitragsforderungen der Gemeinde bestimmt werden. Es werden damit die Beitragspflicht und die Anteile der Beitragspflichtigen festgesetzt. Der Beitragsplan muss auch über den Kostenanteil des Gemeinwesens und allfälliger Dritter sowie über die in Aussicht gestellten Staats- und Bundesbeiträge (Art. 45 lit. b)

Aufschluss geben. Seiner Rechtsnatur nach ist der Beitragsplan ein gestaltender, befehlender Verwaltungsakt, der eine Reihe von Einzelverfügungen enthält. Der Beitragsplan ist aufgrund eines Kostenvoranschlages aufzustellen. Er bestimmt also lediglich die Anteile der einzelnen Perimeterpflichtigen. Die Beiträge selbst werden erst in einem zweiten Schritt festgelegt (Art. 36).

Art. 33.

Die Höhe der Anteile von Grundeigentümern und Dritten hat dem ihnen aus dem Gewässerbauprojekt erwachsenden wirtschaftlichen Vorteil zu entsprechen. Der wirtschaftliche Vorteil, den ein Perimetergebiet durch den hochwassersicheren Ausbau eines Gewässers erfährt, wird inskünftig auf der Grundlage der Gefahrenkarte sowie der Risiko- und Schutzdefizitkarten rechtsstaatlich korrekt abschätzbar sein.

Art. 34.

Die Zustellung des Beitragsplans ist nicht vorgeschrieben. Den Beitragspflichtigen wird angezeigt, dass auf der Gemeinderatskanzlei in den Beitragsplan Einsicht genommen werden kann. Den Beitragspflichtigen muss allerdings die Möglichkeit offen stehen, den Beitragsplan als Ganzes, d.h., mit all seinen in Art. 32 Abs. 2 lit. a bis e aufgeführten Bestandteilen, auf seine Richtigkeit zu überprüfen. Mit der persönlichen Anzeige ist jedem Beitragspflichtigen zumindest ein sein Grundstück betreffender Auszug aus dem Beitragsplan zu eröffnen, aus dem der Anteil in Punkten oder Prozenten sowie dessen Berechnung hervor geht. Die persönliche Anzeige hat selbstverständlich auch eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten.

Art. 35.

Werden zugleich das Gewässerbau- und das Kostenverlegungsverfahren durchgeführt, kann der Rechtsschutz verschiedene Wege gehen. Im Gewässerbauverfahren entscheidet nach Art. 19 Abs. 1 zwingend die politische Gemeinde über Einsprachen. Im Kostenverlegungsverfahren kann - was der Regelfall sein dürfte - anstelle der zuständigen Gemeindebehörde eine Schätzungskommission ermächtigt sein, über Einsprachen zu entscheiden. Diesem Unterschied ist in den persönlichen Anzeigen und in den Rechtsmittelbelehrungen Rechnung zu tragen.

Nach Art. 32 Abs. 2 lit. d ist der Anteil der politischen Gemeinde Bestandteil des Beitragsplans. Seine Höhe bestimmt sich nach Art. 28 Abs. 1 lit. b, was bedeutet, dass er - sofern keine Staats- und/oder Bundesbeiträge zur Verfügung stehen - jenem Baukostenanteil zu entsprechen hat, der den wirtschaftlichen Vorteil der Wasserbaupflichtigen und der Verursacher übersteigt. Das hat zur Folge, dass der Anteil der politischen Gemeinde im Rechtsmittelverfahren angefochten werden kann. Nicht der Anfechtung unterliegen dagegen allfällig in Aussicht gestellte Staats- und Bundesbeiträge (Art. 45 lit. b). Sie haben lediglich informativen Charakter. Unterliegen selbst allfällig in Aussicht gestellte Staats- und Bundesbeiträge nicht der Anfechtung, gilt das noch vielmehr für den Fall, dass keine derartigen Beiträge im Beitragsplan enthalten sind. Es ist beitragspflichtigen Grundeigentümern mithin weder möglich, die Höhe allfälliger Staats- und Bundesbeiträge überprüfen zu lassen noch zu verlangen, solche Beiträge hätten gewährt werden müssen.

Zweckmässigerweise sind Einspracheverfahren gegen den Beitragsplan bis zur rechtskräftigen Erledigung des Gewässerbauverfahrens zu sistieren. Es ist verfahrensmässig wenig sinnvoll, wenn Einsprachen gegen das Projekt und solche gegen den Beitragsplan gleichzeitig entschieden werden. Sonst wären Projektgegner gezwungen, beim Baudepartement und bei der Verwaltungsrekurskommission gleichzeitig Rekurs zu erheben.

Art. 36.

Die Zahlungspflicht ist eine persönliche Pflicht desjenigen, der zur Zeit der Entstehung des Abgabeanpruchs Eigentümer des Grundstücks war. Die Beiträge sind nach Massgabe der entstandenen Kosten, allenfalls in Raten, fällig. Dies hat einerseits den Vorteil, dass in Etappen gebaut werden kann. Zum anderen können allzu hohe Zinskosten vermieden werden. Der Entscheid über die Fälligkeit liegt bei der zuständigen Gemeindebehörde. Die Pflicht zur Leistung

von Grundeigentümerbeiträgen entsteht nicht erst dann, wenn die sie begründenden Vorteile realisiert werden.

Gegen die Beitragsverfügung kann nach Art. 41 lit. c Ziff. 4bis VRP Rekurs bei der Verwaltungsrekurskommission erhoben werden. Es können jedoch keine Einwände mehr vorgebracht werden, die bereits gegen den Beitragsplan nach Art. 32 hätten erhoben werden können.

Art. 37.

Nachdem die Pflicht zur Leistung von Grundeigentümerbeiträgen nicht erst entsteht, wenn die sie begründenden Vorteile tatsächlich realisiert sind, kann unter Umständen eine sofortige Beitragserhebung, namentlich bei aufgeschobener Realisierung des Vorhabens, stossend erscheinen. Nicht zuletzt deshalb lässt das Gesetz eine Stundung der Beiträge zu. Die Wirkung der Stundung liegt im Hinausschieben der Fälligkeit und im Beseitigen eines allfälligen Schuldnerverzuges. Auf gestundeten Beiträgen ist nur ein Verzugszins zu bezahlen, wenn - wie Art. 37 dies tut - eine ausdrückliche gesetzliche Regelung es vorsieht.

Art. 38.

Zur Sicherung von Beiträgen besteht nach Art. 38 kraft Gesetzes ausserbuchlich an den in die Beitragspflicht einbezogenen Grundstücken ein gesetzliches Grundpfandrecht, das allen eingetragenen Grundpfandrechten im Rang vorgeht. Zu den Beiträgen, die gesichert werden, gehören insbesondere die Beiträge an die Baukosten, an die Unterhaltskosten, an den Passivüberschuss und für nachträgliche Leistungen an Baukosten. Das gesetzliche Grundpfandrecht besteht auch ohne Eintragung ins Grundbuch. Die politische Gemeinde kann das gesetzliche Grundpfandrecht zur Anmerkung anmelden, verpflichtet ist sie jedoch nur, wenn Beiträge gestundet werden.

Art. 39.

Nach Art. 39 können Grundeigentümer nachträglich zu Baubeiträgen verpflichtet werden, wenn ihnen innert fünfzehn Jahren nach dem Gewässerbau ein Sondervorteil entsteht. Es handelt sich um neue Sondervorteile, also solche, die bei der Eröffnung des Beitragsplans noch nicht bestanden haben. Ein solcher Fall ist etwa denkbar, wenn innerhalb des bestehenden Perimeters nachträglich Grundstücke ein- oder umgezont werden.

Art. 40.

Die nachträglichen Baubeiträge sollen den Wasserbaupflichtigen zugute kommen. Sie werden für Unterhaltsmassnahmen sowie für später wiederkehrende wasserbauliche Massnahmen verwendet.

Art. 41 bis 43.

Die Vorschriften von Art. 41 bis 43 enthalten allgemeine Bestimmungen für staatliche Beiträge an Gewässerbauprojekte im engeren Sinn (Art. 1 Abs. 2 Ziff. 1), an Renaturierungen und an sehr aufwändige Unterhaltsmassnahmen. Dagegen regeln die Art. 44 bis 50 im Speziellen Staatsbeiträge an Gewässerbauprojekte. Art. 41 orientiert sich an der Regelung von Art. 28. Diese Vorschrift lässt staatliche Beiträge an die Kosten von Gewässerbauprojekten, Renaturierungen und sehr aufwändigen Unterhaltsmassnahmen zu. Voraussetzung dafür ist allerdings einerseits, dass die politische Gemeinde in Anwendung von Art. 28 ebenfalls einen Beitrag an das Vorhaben entrichtet (Art. 43) und andererseits, dass die im Rahmen der mit dem Vorschlag gewährten Kredite noch nicht aufgebraucht sind (Art. 41 Abs. 1). Zu den maximalen Beitragshöhen und zum Grund für die Einführung einer „Kann-Vorschrift“ vgl. die Ausführungen in Kap. III, Ziff. 7.1.

Art. 42 enthält mehrere unbestimmte Gesetzesbegriffe. Wie bereits unter Art. 28 ausgeführt, erfolgt die Regelung, welche Unterhaltsmassnahmen sehr aufwändig und damit beitragsberechtig sind, in der Verordnung. Besonders grosse Gewässerbauprojekte haben stets Gewässer zum Gegenstand, die - bezogen auf die Fliessgewässer des Kantons St.Gallen - ein überdurchschnittliches Einzugsgebiet aufweisen und damit von deutlich erhöhtem öffentlichem In-

teresse sind. Zur Finanzierung von Renaturierungen, worunter - wie bereits unter Art. 28 dargelegt - nur „reine“ Renaturierungen im Sinn von Art. 1 Abs. 2 Ziff. 2 zu verstehen sind, vgl. die Ausführungen unter Kap. III, Ziff. 5. Unter Wildbächen sind Fließgewässer im alpinen, teilweise auch im voralpinen Bereich zu verstehen, die eine sehr hohe Geschiebeführung bei gleichzeitig grossem Sohlengefälle aufweisen.

Art. 44.

Die Höhe der Staatsbeiträge an Gewässerbauprojekte im engeren Sinn (Art. 1 Abs. 2 Ziff. 1) wird im neuen Gesetz - ausgehend vom Zweckartikel (Art. 3) - grundsätzlich nach zwei Kriterien, nämlich dem Interesse an der Ausführung des Projekts und dem ökologischen Wert der baulichen Massnahmen bemessen (Art. 44 Abs. 1). Das Interesse an der Ausführung eines Projekts wird sich künftig aus Gefahren-, Risiko- und Schutzdefizitkarten ohne weiteres ableiten lassen. Das bedeutet, dass für die Gewichtung dieses Kriteriums die Grösse des Gewässers, das Gefährdungs- und das Schadenspotential von massgeblicher Bedeutung sein werden. Dagegen ist der ökologische Wert der baulichen Massnahmen schwerer zu bestimmen. Grundsätzlich ist - in Anlehnung an die zu Art. 5 abgegebene Begriffsbestimmung des „ökologischen Grundsatzes“ - davon auszugehen, dass die im Rahmen eines Gewässerbauprojekts zu treffenden baulichen Massnahmen keine negativen Veränderungen des Ökosystems zur Folge haben dürfen. Unbelastete Systeme dürfen nicht beeinträchtigt, und belastete müssen - wo immer möglich - verbessert werden.

Im Gesetz wurde bewusst verzichtet, ein verbindliches Gewichtungsverhältnis zwischen den beiden Kriterien vorzusehen. Dies wäre auch nicht möglich gewesen. Zwar mögen die beiden Kriterien im Regelfall - wie die beiden in Art. 3 definierten Gesetzeszwecke - gleichwertig sein und deshalb zur Folge haben, dass bauliche Massnahmen an Fließgewässern, die den ökologischen Grundsätzen (Art. 6 Abs. 2) nicht vollständig gerecht werden, gleich wie Projekte, an deren Ausführung kein absolut prioritäres Interesse besteht, jeweils in gleicher Weise zu einer angemessenen Reduktion des staatlichen Höchstbeitragsatzes führen. Welchem Kriterium welches Gewicht bei der Bemessung des Staatsbeitrags zuzuerkennen ist, muss grundsätzlich im Einzelfall bestimmt werden. Eine Ausnahme stellen beispielsweise klassische Wildbachverbauungen dar, die ausschliesslich Schutzzwecken dienen und denen regelmässig kein ökologischer Wert zuerkannt werden kann. In solchen Fällen ist das Kriterium des ökologischen Werts der baulichen Massnahmen für die Beitragsbemessung eben unbeachtlich.

Art. 44 Abs. 1 bezweckt auch nicht, den von den politischen Gemeinden an Gewässerbauprojekte zu leistenden Beitrag stillschweigend zu erhöhen oder einzig und unbesehen dem ökologischen Wasserbau das Wort zu reden. Selbstverständlich haben die im Rahmen eines Gewässerbauprojektes vorgesehenen baulichen Massnahmen in jedem Fall und in erster Linie die Gefahr zu bannen. Eine den ökologischen Grundsätzen bestmöglich entsprechende, also weitgehend naturnahe Verbauung, die keine genügende Sicherheit bietet, ist ungesetzlich. Der Schutz muss immer so naturnah wie möglich, aber auch stets so „hart“ wie nötig sein. Die über die Anwendung des Kriteriums des ökologischen Wertes der baulichen Massnahmen mögliche Reduktion des Staatsbeitrags wird auch kaum zu einer spürbaren Verteuerung des Gewässerbaus für die politischen Gemeinden führen. Nach Art. 31 werden nämlich künftig vermehrt die Verursacher nicht naturnaher Verbauungen, also die Grundeigentümer direkt zur Kostentragung herangezogen.

Nebst den Kriterien von Art. 44 Abs. 1 sind nach Art. 44 Abs. 2 bauliche Vorleistungen der politischen Gemeinde bei der Bemessung zu berücksichtigen. Voraussetzung ist, dass die von der Gemeinde getroffenen Massnahmen den Zielen des neuen Gesetzes entsprechen und sich zudem vorteilhaft auf das Gewässerbauprojekt auswirken. Als berücksichtigungswürdige Vorleistungen fallen Massnahmen im Sinn von Art. 6 Abs. 1 (wie beispielsweise Retentionsbecken) in Betracht, wenn sie auf das später folgende Gewässerbauprojekt die Auswirkung haben, dass dieses deshalb kostengünstiger oder ökologisch hochwertiger ausfallen kann.

Art. 45.

Da der Staat ein genehmigungsfähiges Projekt einer Gemeinde auch genehmigen muss (Art. 21 Abs. 1), ist es nötig, dass er die Möglichkeit hat, die Subventionierung zu steuern. Es ist erforderlich, die Ausrichtung des staatlichen Beitrags, z.B. mangels zurzeit zur Verfügung stehender Kredite oder wegen fehlendem Interesse an der Ausführung des Projektes, verweigern zu können. Das Projekt könnte in solchen Fällen - wenn auch ohne staatliche Unterstützung - immer noch von der politischen Gemeinde ausgeführt werden. Die beiden in Art. 45 enthaltenen Voraussetzungen dienen deshalb in erster Linie der Steuerung der staatlichen Beitragsleistungen. Sie müssen kumulativ erfüllt sein, damit ein Beitrag ausgerichtet werden kann.

Art. 45 lit. a verlangt, dass das zuständige Departement vor Beginn der Projektierungsarbeiten die Beitragsberechtigung des Projektes anerkannt hat. Nur wenn Gefahren-, Risiko- und Schutzdefizitkarten die Notwendigkeit eines Gewässerausbaus ausweisen und zudem Kredite vorhanden sind, kann eine Beitragsberechtigung im Grundsatz anerkannt werden. Die Gemeinde kann daraufhin die Projektierungsarbeiten in Auftrag geben.

Liegt das Gewässerbauprojekt mitsamt Beitragsplan vor, folgt der zweite Schritt (Art. 45 lit. b). Das zuständige Departement hat noch vor der Durchführung des Gewässerbauverfahrens das Projekt vorzuprüfen. Diese Prüfung des Projekts selbst, des Kostenvoranschlags und insbesondere der vorgesehenen Baukostenanteile von Grundeigentümern und Dritten ist nötig, um beurteilen zu können, ob überhaupt ein Staatsbeitrag an das Gewässerbauprojekt ausgerichtet werden kann und - falls ja - in welcher Höhe. Betrachtet das zuständige Departement das Projekt als beitragsberechtigt, stellt es den voraussichtlichen Staatsbeitrag in Aussicht; gleichzeitig wird es auch abzuklären haben, ob ein Bundesbeitrag in Aussicht gestellt wird. Die definitive Zusicherung des Staats- und Bundesbeitrags erfolgt erst im Rahmen der Genehmigung (Art. 21 Abs. 1). Das zuständige Departement ist dabei jedoch grundsätzlich an seinen Entscheid im Rahmen der Inaussichtstellung (Art. 45 lit. b) gebunden.

Die Anerkennung der Beitragsberechtigung des Projektes (Art. 45 lit. a) sowie das Inaussichtstellen des Staatsbeitrags (Art. 45 lit. b) erfolgt jeweils durch Verfügung des zuständigen Departementes. Entsprechend der Finanzkompetenzen ist allenfalls die Zustimmung der Regierung erforderlich. Während es sich bei der Inaussichtstellung des Staatsbeitrags schon vom Wortlaut her nicht um einen anfechtbaren Endentscheid, sondern lediglich um einen nicht anfechtbaren Zwischenentscheid handelt, liegt bei der An- oder Nichtanerkennung der Beitragsberechtigung des Projektes in jedem Fall ein Endentscheid vor. Er ist aber - wie sich per analogiam aus Art. 21 Abs. 2 ableiten lässt - ebenfalls nicht anfechtbar. Denn wenn nicht einmal der Entscheid über die Zusicherung des Staatsbeitrags einem Rechtsmittel unterliegt, ist der Entscheid über die Anerkennung der Beitragsberechtigung des Projektes allemal abschliessend.

Art. 46.

Zu den anrechenbaren Baukosten gehören insbesondere die Kosten für Projektierung, Land-erwerb, Entschädigung für Bepflanzungen, Bauleitung, Bauausführung, Anpassungsarbeiten sowie Erstellung des Perimeters (Art. 46 Abs. 1). Nicht zu den anrechenbaren Baukosten gehören Bauzinsen und Verwaltungsgebühren.

Die Kosten für den Ersatz bestehender Eindolungen werden - unter Beibehaltung der bereits heute in der Praxis anerkannten Ausnahmen bei öffentlichen Verkehrswegen, welche zur Hälfte beitragsberechtigt sind (Art. 46 Abs. 2 Ziff. 2) - explizit als nicht anrechenbar bezeichnet (Art. 46 Abs. 3). Ökologisch minderwertige, teure Hartverbauungen werden ebenso zu höchstens 50 Prozent vom Staat subventioniert, wenn deren Kosten nicht ohnehin auf den Verursacher überwältzt werden können (Art. 31 Abs. 1).

Art. 47.

Ein aufgrund der Bestimmungen von Art. 46 Abs. 2 und 3 an sich nicht geschuldeter Staatsbeitrag kann ausnahmsweise ausgerichtet werden, wenn andernfalls die Kostentragungspflicht zu einer offensichtlichen Härte für einen Wasserbaupflichtigen führen würde. Von dieser Regelung ist selbstverständlich nur sehr restriktiv Gebrauch zu machen, weil es eben dem Grundsatz dieses Gesetzes entspricht, die Kostentragungspflicht der Wasserbaupflichtigen an den wirtschaftlichen Vorteil zu binden, den diese aus dem Gewässerbau erfahren (Art. 33).

Art. 48 und 49.

Art. 21 Abs. 3 bestimmt, dass in der Genehmigungsverfügung des zuständigen Departementes auch die Details der Bauabnahme festgelegt werden müssen. In der Regel wird eine etappenweise Abnahme festgelegt werden (Art. 48 Abs. 2), um die Möglichkeit zu haben, der politischen Gemeinde anteilmässig Staats- und Bundesbeiträge an die vollendeten Bauetappen ausrichten zu können.

Entspricht die Bauausführung nicht dem genehmigten Projekt, wird der Bau nicht abgenommen; die Staats- und Bundesbeiträge werden dementsprechend auch nicht ausbezahlt. In solchen Fällen muss die Bauausführung grundsätzlich korrigiert und mit dem genehmigten Projekt in Einklang gebracht werden. Es steht der politischen Gemeinde selbstverständlich frei, eine nachträgliche Genehmigung der Projektänderungen anzustreben. Abweichungen vom genehmigten Projekt, welche die Bauabnahme nicht zulassen, müssen erneut dem Gewässerbauverfahren unterstellt werden und führen - selbst im Fall ihrer nachträglichen Genehmigung - in der Regel zu Kürzungen des Staatsbeitrages.

Blosse Kürzungen des Staatsbeitrages fallen nur bei unbedeutenden Abweichungen vom genehmigten Projekt (Art. 20 Abs. 2) in Betracht.

Art. 50.

Über die mit Staats- und Bundesbeiträgen finanzierten Schutzbauten führt die zuständige Stelle des Staates einen Schutzbautenkataster. Die Schutzbauten werden nach der Bauabnahme in den Kataster aufgenommen.

Art. 51.

Die Vorschriften von Art. 41 bis 43 enthalten zwar einige allgemeine Bestimmungen für staatliche Beiträge an Gewässerbauprojekte im engeren Sinn (Art. 1 Abs. 2 Ziff. 1), an Renaturierungen und an sehr aufwändige Unterhaltsmassnahmen. Die Art. 44 bis 50 des Gesetzes regeln aber nur die Vergabe von Staatsbeiträgen an Gewässerbauprojekte im engeren Sinn. Das Beitragsverfahren für unterstützungsberechtigte Unterhaltsmassnahmen und für Renaturierungen bedarf deshalb ergänzenden Rechts. Dieses wird durch Verordnung der Regierung geschaffen.

Art. 52.

Art. 52 statuiert das Verbot, im Gerinne oder am Ufer eines Gewässers Material abzulagern oder sonstwie den freien Abfluss zu gefährden. Diese Vorschrift ist bereits im geltenden Recht enthalten, dort jedoch enger formuliert, da nur Materialablagerungen sowie andere Massnahmen, die den freien Abfluss behindern, verboten sind. Nun ist es in der Praxis oft kaum möglich, zu beweisen, dass der freie Abfluss durch Ablagerungen im Gerinne oder am Ufer tatsächlich behindert wird. Um einerseits das polizeiliche Verbot für die politischen Gemeinden einfacher durchsetzbar auszugestalten und andererseits auch dem Umstand angemessen Rechnung zu tragen, dass gerade in den letzten Jahren vermehrt sehr heftige und bezogen auf das Einzugsgebiet nicht für möglich gehaltene Hochwasserereignisse stattgefunden haben, wird im neuen Recht nur noch auf die abstrakte Gefährdung abgestellt.

Art. 53.

Der politischen Gemeinde obliegt die Gewässeraufsicht auf ihrem Gemeindegebiet. Sie hat in dieser Funktion namentlich darüber zu wachen, dass einerseits die Wasserbaupflicht (Art. 7) von den Trägern (Art. 8) ordnungsgemäss erfüllt und andererseits das polizeiliche Verbot von Art. 52 durchgesetzt wird. Trifft die politische Gemeinde Missstände an, hat sie die nötigen Verfügungen zu erlassen.

Art. 54.

Wird eine Baute oder Anlage ohne Vorliegen eines genehmigten Gewässerbauprojektes oder einer rechtsräftigen wasserbaupolizeilichen Bewilligung erstellt, so bedeutet dies zunächst eine formelle Rechtswidrigkeit. Diese Tatsache für sich allein genommen, vermag eine Abbruchverfügung noch nicht zu rechtfertigen, es sei denn, die materielle Rechtswidrigkeit der getroffenen baulichen Massnahmen wäre offensichtlich (GVP 1983 Nr. 97). Vielmehr ist regelmässig in einem Verfahren zu prüfen, ob aufgrund der materiellen Vorschriften nachträglich die erforderlichen Bewilligungen erteilt werden können. In jedem Fall hat der unberechtigte Baubeginn eine Baueinstellungsverfügung zur Folge (Art. 54 Abs. 1), verbunden mit der Aufforderung, innert bestimmter Frist ein Gesuch nachzureichen.

Stehen der nachträglichen Bewilligung im öffentlichen Recht begründete Hindernisse entgegen und kommt auch die Erteilung einer Ausnahmebewilligung nicht in Betracht, ist die Baute oder Anlage auch materiell rechtswidrig. In diesem Fall hat die politische Gemeinde nach Art. 54 Abs. 2 die Entfernung oder Änderung der rechtswidrig ausgeführten Baute oder Anlage sowie auch die Wiederherstellung des früheren Zustands zu verfügen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass materiell rechtswidrige Gewässer- und Uferverbauungen, die wieder rückgängig gemacht werden müssen, oft neue - aber wenigstens den ökologischen Grundsätzen entsprechende - Verbauungen nach sich ziehen, weil auf andere Weise das durch den Eingriff geschädigte Bachbett oder Ufer kaum mehr stabilisiert werden könnte. Die Wiederherstellungsverfügung muss deshalb im Detail festlegen, in welchem Umfang und auf welche Weise der geforderte Rückbau zu erfolgen hat und wie allfällig erforderliche Verbauungen auszuführen sind.

Gleichzeitig mit der Anordnung der Wiederherstellung ist die Ersatzvornahme anzudrohen. Das Vorgehen richtet sich nach Art. 105f. VRP.

Art. 55.

Die politische Gemeinde lässt an den Gewässern, die Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährden, in angemessenen Zeitabständen Kontrollen durchführen. Mit dieser Regelung geht Art. 55 über die allgemeine, in Art. 53 Abs. 1 statuierte Aufsichtspflicht hinaus. Es werden an Gewässern mit erhöhtem Gefahren- und Schadenpotential verstärkt Kontrollen verlangt, welche nach dem pflichtgemässen Ermessen der Gemeinde abzuhalten sind.

Art. 56 und 57.

Anstelle der im geltenden Recht enthaltenen, weitgehend überholten Bestimmungen über die Wassernot, verzichtet das Gesetz auf eine eigene Regelung der Schadenwehr. Art. 56 beschränkt sich darauf, die Aufgabe der Schadenwehr der politischen Gemeinde zuzuweisen, und Art. 57 erklärt die Gesetzgebung über den Feuerschutz (sGS 87) für sachgemäss anwendbar. Ergänzendes Recht durch Verordnung der Regierung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Art. 58.

Ist unmittelbare Gefahr im Verzug kann das zuständige Departement für die Erneuerung und Sicherung von Schutzbauten von den Vorschriften des Gewässerbauverfahrens (Art. 12 ff.) dispensieren. Der Dispens hat in der Regel in schriftlicher Form zu erfolgen und darüber Aufschluss zu geben, welche Erneuerungs- und Sicherungsarbeiten konkret durchgeführt werden dürfen. Es ist auch denkbar, mit dem Dispens - sofern es die Zeit zulässt - ein Ersatzverfahren, beispielsweise das wasserbaupolizeiliche Bewilligungsverfahren (Art. 25 f.), zu bestimmen und diesem die vordringlichsten baulichen Massnahmen zu unterstellen. Die Bestimmung von Art. 58 ist in jedem Fall restriktiv anzuwenden. Nicht jede Reparatur nach einem Unwetter rechtfertigt es, von ihr Gebrauch zu machen. Sie soll nur in wirklichen Notfällen angewendet werden, wenn die unmittelbar drohende Gefahr besteht, dass Schaden entsteht oder bereits entstandener Schaden sich vergrössert. Es ist nicht Sinn dieser Vorschrift, mit ihrer Hilfe höhere Sicherheitsmassnahmen zu realisieren, als bereits vor der Katastrophe bestanden haben, auch wenn selbstverständlich jedes Ereignis den Wunsch nach grösserer Sicherheit weckt. Nur die Erneuerung und Sicherung von bestehenden Schutzbauten darf ausnahmsweise in Anwendung von Art. 58 erfolgen. Jede höhere Sicherheit hat im Anschluss an die eigentlichen Notmassnahmen zu erfolgen und unterliegt demzufolge den ordentlichen Verfahrensvorschriften. Für die nach Art. 58 zulässigen Notmassnahmen können wie bereits nach geltendem Recht ausserordentliche Beiträge bereitgestellt werden.

Art. 59.

Die Strafbestimmungen des geltenden Rechts werden beibehalten; sie werden nur dem überarbeiteten Katalog der Bewilligungstatbestände nach Art. 25 Abs. 1 angepasst.

VI. Antrag

Wir beantragen Ihnen, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, auf den Entwurf des Gesetzes über Gewässerunterhalt und Wasserbau einzutreten.

Im Namen der Regierung,
Der Präsident:
lic.iur. Anton Grüninger, Landammann

Der Staatssekretär:
lic.iur. Martin Gehrer

Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau

Entwurf der Regierung vom 20. März 2001

Der Grosse Rat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 27. März 2001¹ Kenntnis genommen und

erlässt

in Ausführung von Art. 16 und Art. 18 der Kantonsverfassung vom 16. November 1890², Art. 2 und Art. 12 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Wasserbau vom 21. Juni 1991³ sowie Art. 37 f. des eidgenössischen Gewässerschutzgesetzes vom 24. Januar 1991⁴

als Gesetz:

I. Allgemeine Bestimmungen

Geltungsbereich a) Gesetz

Art. 1. Dieses Gesetz regelt:

- a) Gewässerunterhalt;
- b) Wasserbau;
- c) Wasserbaupolizei.

Der Wasserbau umfasst:

1. wasserbauliche Massnahmen, einschliesslich Massnahmen zur Sicherung von Bodenbewegungen im Gewässerbereich;
2. Renaturierungen.

Vorbehalten bleiben Staatsverträge sowie die Rhein-⁵ und die Linthgesetzgebung⁶.

b) Gewässer

Art. 2. Dieses Gesetz wird auf die stehenden und die fliessenden Oberflächengewässer, einschliesslich der in den Boden verlegten Abschnitte, angewendet.

Meteorwasserableitungen und Wasserläufe, die keine Gerinne gebildet haben, gelten nicht als Gewässer nach diesem Gesetz.

1 ABI 2001.
2 sGS 111.1.
3 SR 721.100.
4 SR 814.20.
5 sGS 734.21.
6 sGS 734.

Zweck

Art. 3. Dieses Gesetz bezweckt:

- a) den Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten vor schädlichen Auswirkungen des Wassers;
- b) Erhaltung und Wiederherstellung naturnaher Gewässer.

Massnahmen a) Reihenfolge

Art. 4. Zum Schutz vor schädlichen Auswirkungen des Wassers werden in folgender Reihenfolge ergriffen:

1. Gewässerunterhalt und raumplanerische Massnahmen;
2. wasserbauliche Massnahmen.

b) Gewässerunterhalt

Art. 5. Die Gewässer werden unterhalten.

Als Unterhalt gelten Massnahmen, die geeignet sind, Gerinne und Ufer eines Gewässers sowie die Wasserbauwerke in gutem Zustand zu erhalten. Die Regierung regelt die Einzelheiten durch Verordnung.

Der Gewässerunterhalt wird nach ökologischen Grundsätzen durchgeführt.

c) wasserbauliche Massnahmen

Art. 6. Als wasserbauliche Massnahmen gelten insbesondere:

- a) Ausbau von Gerinnen;
- b) Rückhaltmassnahmen;
- c) Ableitung von Hochwasserspitzen;
- d) Umleitung von Gewässern;
- e) Vorkehrungen gegen Bodenbewegungen.

Die wasserbaulichen Massnahmen werden nach ökologischen Grundsätzen durchgeführt.

II. Pflicht

1. Wasserbaupflicht

Umfang

Art. 7. Die Wasserbaupflicht umfasst den Gewässerunterhalt und den Wasserbau.

Träger

Art. 8. Die Wasserbaupflicht obliegt den Eigentümern der Grundstücke, die an das Gewässer anstossen (Anstösser). Besteht ein Perimeterunternehmen, obliegt diesem die Wasserbaupflicht.

Das Eigentum des Staates am Strandboden entbindet die Anstösser nicht von der Wasserbaupflicht.

Zutrittsrecht

Art. 9. Wer Gewässer unterhalten oder kontrollieren muss, kann fremde Grundstücke zu diesem Zweck betreten, befahren oder anderweitig nutzen.

2. Pflicht für raumplanerische Massnahmen

Staat

Art. 10. Die zuständige Stelle des Staates führt einen Ereigniskataster sowie Gefahrenhinweis- und Gefahrenkarten.

Gemeinde

Art. 11. Die politische Gemeinde berücksichtigt die Ergebnisse der kantonalen Gefahrenabklärungen in der Ortsplanung⁷.

III. Bau und Verfahren

1. Gewässerbau und Verfahren

Gegenstand

Art. 12. Auf die wasserbaulichen Massnahmen und die Renaturierungen wird das Gewässerbauverfahren angewendet, auf geringfügige wasserbauliche Massnahmen das wasserbaupolizeiliche Bewilligungsverfahren.

Das Gewässerbauverfahren ersetzt das Baubewilligungsverfahren.

Zuständigkeit a) politische Gemeinde

Art. 13. Die politische Gemeinde ist für Gewässerbauprojekt und Gewässerbauverfahren zuständig.

b) Staat

Art. 14. Die zuständige Stelle des Staates kann ein Gewässerbauprojekt durchführen, wenn es mehrere politische Gemeinden betrifft.

Sie hört die betroffenen politischen Gemeinden und Perimeterunternehmen an.

Die Vorschriften über das Gewässerbauverfahren und das Kostenverlegungsverfahren werden sachgemäss angewendet.

Projekt

Art. 15. Das Gewässerbauprojekt enthält insbesondere:

- a) Risiko- und Schutzdefizitkarten;
- b) den Technischen Bericht mit hydraulischer Berechnung;
- c) Situationsplan sowie Längs- und Querprofile;
- d) Landbedarfslinien über die dauernde und vorübergehende Beanspruchung von Boden;
- e) Baulinien.

Auflage

Art. 16. Das Projekt wird in der politischen Gemeinde unter Eröffnung einer Einsprachefrist von 30 Tagen öffentlich aufgelegt.

Die amtliche Bekanntmachung erfolgt im offiziellen Publikationsorgan der politischen Gemeinde und im kantonalen Amtsblatt.

Anzeige

Art. 17. Wer private Rechte abtreten muss, wird mit persönlicher Anzeige von der öffentlichen Auflage und vom Enteignungsbegehren in Kenntnis gesetzt.

Die persönliche Anzeige gilt als Einleitung des Enteignungsverfahrens.

Wer Grundeigentümerbeiträge leisten muss, wird gleichzeitig mit persönlicher Anzeige von der öffentlichen Auflage und vom Beitragsplan in Kenntnis gesetzt.

⁷ Vgl. Art. 44 Abs. 2 BauG, sGS 731.1.

Absteckung im Gelände

Art. 18. Werden Gewässerabschnitte offen gelegt, wird die Linienführung während der Auflage des Projektes im Gelände abgesteckt.

Rechtsschutz

Art. 19. Bei der politischen Gemeinde kann Einsprache erhoben werden gegen:

- a) die Notwendigkeit des Projektes;
- b) Art und Ausführung des Projektes;
- c) die Zulässigkeit der Enteignung.

Gegen den Beitragsplan ist gesondert Einsprache zu erheben. Die Einsprache richtet sich nach den Bestimmungen über das Kostenverlegungsverfahren.

Projektänderung

Art. 20. Das Gewässerbauverfahren wird erneut durchgeführt, wenn das Projekt geändert wird.

Ist die Projektänderung unbedeutend, so werden die Betroffenen mit persönlicher Anzeige unter Eröffnung einer Einsprachefrist von 30 Tagen in Kenntnis gesetzt.

Genehmigung

Art. 21. Gewässerbauprojekte bedürfen der Genehmigung des zuständigen Departementes⁸. Diese kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.

Mit der Genehmigung werden Staatsbeiträge zugesichert. Der Entscheid über die Zusage ist nicht anfechtbar.

Werden Staatsbeiträge zugesichert, werden in der Genehmigung Baubegleitung durch die zuständige Stelle des Staates und Bauabnahme festgelegt.

Landerwerb a) Abtretung privater Rechte

Art. 22. Private Rechte werden enteignet, wenn sie nicht anderweitig erworben werden können.

Das Enteignungsgesetz⁹ wird angewendet, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

b) Schätzungsverfahren

Art. 23. Können sich die Beteiligten über die Entschädigung oder andere Begehren des Enteignungsverfahrens nicht einigen, kann beim Präsidenten der Schätzungskommission für Enteignungen¹⁰ die Durchführung des Schätzungsverfahrens¹¹ verlangt werden.

Der Präsident eröffnet den Beteiligten eine Frist zur Einreichung der Begehren.

Einsprache gegen die Zulässigkeit der Enteignung ist ausgeschlossen.

⁸ Baudepartement; Art. 25 lit. c GeschR, sGS 141.3.

⁹ sGS 735.1.

¹⁰ Siehe Art. 2 ff. EntG, sGS 735.1.

¹¹ Siehe Art. 34 EntG, sGS 735.1.

Baubeginn

Art. 24. Mit dem Gewässerbau kann begonnen werden, wenn:

- a) das Projekt rechtskräftig ist;
- b) die Abtretung privater Rechte geregelt ist oder derjenige, der private Rechte abtreten muss, dem Baubeginn schriftlich zugestimmt hat;
- c) die Beitragspflichtigen mit persönlicher Anzeige vom Beitragsplan in Kenntnis gesetzt sind.

2. Wasserbaupolizeiliches Bewilligungsverfahren

Bewilligung

Art. 25. Einer wasserbaupolizeilichen Bewilligung der zuständigen Stelle des Staates bedürfen geringfügige wasserbauliche Massnahmen und andere bauliche Vorkehren an Gewässern, namentlich:

- a) Erstellung, Änderung und Beseitigung von Bauten und Anlagen in, über und unter dem Hochwasserprofil eines Gewässers;
- b) Verlegung von Werkleitungen innerhalb des Gewässerabstands;
- c) bauliche Massnahmen, die auf den Wasserstand, auf den Lauf des Gewässers und auf die Sicherheit von Sohle und Ufer einen Einfluss haben können;
- d) Eindolungen und Ersatz bestehender Eindolungen.

Eine Bewilligung ist nicht erforderlich, wenn die Massnahmen Gegenstand eines genehmigten Wassernutzungs- oder Gewässerbauprojektes sind oder dem ordentlichen Unterhalt dienen.

Verfahren

Art. 26. Die politische Gemeinde führt das ordentliche Baubewilligungsverfahren¹² oder das Planverfahren nach Strassengesetz¹³ durch.

Das Gesuch wird den beschwerdeberechtigten Organisationen¹⁴ angezeigt¹⁵.

Auf das ordentliche Baubewilligungsverfahren¹⁶ oder das Planverfahren nach Strassengesetz¹⁷ wird verzichtet, wenn die baulichen Massnahmen Ufer und Sohle des Gewässers nicht beeinträchtigen.

IV. Finanzierung

1. Allgemeines

Kostentragung

Art. 27. Die Kosten aus der Erfüllung der Wasserbaupflicht tragen:

- a) die Träger der Wasserbaupflicht;
- b) die Verursacher.

Gemeindebeiträge

Art. 28. Die politische Gemeinde gewährt Beiträge:

- a) an Unterhaltsmassnahmen, wenn sie finanziell sehr aufwändig sind;
- b) an Gewässerbauprojekte, wenn deren Kosten den wirtschaftlichen Vorteil der Wasserbaupflichtigen und der Verursacher übersteigen;

Sie trägt die Kosten reiner Renaturierungen.

¹² Art. 82 des Baugesetzes, sGS 731.1.

¹³ Art. 41 Abs. 1 des Strassengesetzes, sGS 732.1.

¹⁴ Art. 12 NHG, SR 451.

¹⁵ Art. 12a Abs. 2 NHG, SR 451.

¹⁶ Art. 82 des Baugesetzes, sGS 731.1.

¹⁷ Art. 41 Abs. 1 des Strassengesetzes, sGS 732.1.

2. Kostenverlegungsverfahren

Durchführung

Art. 29. Im Kostenverlegungsverfahren werden die Bau- und die Unterhaltskosten durch Errichtung eines Perimeters aufgeteilt. Auf das Kostenverlegungsverfahren kann verzichtet werden, wenn die Tragung der Bau- und der Unterhaltskosten durch Vereinbarung geregelt ist.

Das Kostenverlegungsverfahren wird sachgemäss für die nachträgliche Errichtung und die nachträgliche Änderung eines Unterhaltsperrimeters durchgeführt, insbesondere wenn:

- a) der zweckmässige Unterhalt es erfordert;
- b) die Belastung einzelner Grundeigentümer in einem Missverhältnis zu ihren Sondervorteilen steht;
- c) Dritte nachträglich einen Sondervorteil erfahren.

Die Bau- und die Unterhaltungspflicht der Grundeigentümer wird als öffentlich-rechtliche Grundlast im Grundbuch angemerkt¹⁸.

Wird ein Grundstück geteilt, wird die Perimeterlast nach den Grundsätzen des Perimeters durch Verfügung der politischen Gemeinde auf die von der Teilung betroffenen Grundstücke verlegt.

Beitragspflicht a) Sondervorteil

Art. 30. Eigentümer von Grundstücken, die einen Sondervorteil erfahren, sind beitragspflichtig.

b) Verursacher

Art. 31. Grund- und Werkeigentümer, die wegen ihrer im, am und über dem Gewässer erstellten Bauten und Anlagen und der damit in Zusammenhang stehenden Gewässerverbauungen einen gegenüber einer offenen und natürlichen Gewässerführung kostenintensiveren Gewässerbau und -unterhalt verursachen, tragen die Mehrkosten.

Die Inhaber künstlicher Wassereinleitungen sind für die verursachten Mehrkosten beitragspflichtig, wenn durch das Einleiten das natürliche Wasserregime des Gewässers so geändert wird, dass wasserbauliche Massnahmen getroffen werden müssen.

Beitragsplan

Art. 32. Die politische Gemeinde erstellt einen Beitragsplan.

Der Beitragsplan enthält:

- a) Kostenvoranschlag;
- b) beitragspflichtige Grundstücke;
- c) Anteile der Grundeigentümer;
- d) Anteil der politischen Gemeinde;
- e) Anteile Dritter.

Die politische Gemeinde kann für die Kostenverlegung eine Schätzungskommission einsetzen.

Höhe der Anteile der Grundeigentümer und Dritter

Art. 33. Die Höhe der Anteile von Grundeigentümern und Dritten entspricht dem ihnen aus dem Gewässerbau erwachsenden wirtschaftlichen Vorteil.

¹⁸ Vom Bundesrat am genehmigt; siehe Art. 962 ZGB, SR 210.

Anzeige

Art. 34. Die Beitragspflichtigen werden im Gewässerbauverfahren mit persönlicher Anzeige vom Beitragsplan in Kenntnis gesetzt.

Rechtsschutz

Art. 35. Gegen den Beitragsplan kann innert 30 Tagen Einsprache erhoben werden.

Über Einsprachen entscheidet die politische Gemeinde oder die Schätzungskommission, wenn sie dazu ermächtigt ist.

Fälligkeit

Art. 36. Die Beiträge werden nach Massgabe der entstandenen Kosten in Raten oder nach Ausführung des Gewässerbaus gesamthaft erhoben.

Die politische Gemeinde verfügt die Beiträge und die Zahlungsfrist mit persönlicher Anzeige.

Die Beiträge werden nach Ablauf der Zahlungsfrist verzinst. Die Erhebung eines Rechtsmittels hemmt den Zinsenlauf nicht.

Stundung

Art. 37. Beiträge können gegen angemessene Verzinsung bis zu zehn Jahren gestundet werden, bei eingezonten Grundstücken nur aus wichtigen Gründen.

Gesetzliches Grundpfandrecht

Art. 38. Für Beiträge besteht ein gesetzliches Grundpfandrecht, das allen eingetragenen Grundpfandrechten im Rang vorgeht¹⁹.

Die politische Gemeinde kann das gesetzliche Grundpfandrecht zur Anmerkung im Grundbuch²⁰ anmelden. Sie ist dazu verpflichtet, wenn Beiträge gestundet werden.

Nachträgliche Baubeiträge a) Grundsatz

Art. 39. Grundeigentümer können nachträglich zu Baubeiträgen verpflichtet werden, wenn sie innert 15 Jahren nach dem Gewässerbau einen Sondervorteil erfahren.

b) Verwendung

Art. 40. Nachträgliche Baubeiträge werden für Unterhaltsmassnahmen und wiederkehrende wasserbauliche Massnahmen am betreffenden Gewässer verwendet.

Sie werden von der politischen Gemeinde verwaltet, wenn der Unterhalt nicht gemeinschaftlich besorgt wird.

3. Staatsbeiträge

Grundsätze a) Gegenstände

Art. 41. Der Staat kann im Rahmen der mit dem Voranschlag gewährten Kredite Beiträge leisten an die Kosten von:

- a) Gewässerbauprojekten;
- b) Renaturierungen;
- c) sehr aufwändigen Unterhaltsmassnahmen.

¹⁹ Siehe Art. 836 ZGB, SR 210.

²⁰ Vom Bundesrat am genehmigt; siehe Art. 962 ZGB, SR 210.

Die zuständige Stelle des Staates holt Bundesbeiträge ein.

b) Beitragshöhe

Art. 42. Der Staatsbeitrag beträgt höchstens 25 Prozent der Kosten von sehr aufwändigen Unterhaltsmassnahmen und Gewässerbauprojekten.

Er beträgt höchstens 35 Prozent der Kosten von besonders grossen Gewässerbauprojekten und Renaturierungen, höchstens 40 Prozent der Kosten von Wildbachverbauungen.

c) Gemeindebeitrag

Art. 43. Staatsbeiträge setzen einen Beitrag der politischen Gemeinde nach Art. 28 dieses Gesetzes voraus.

Staatsbeiträge an Gewässerbauprojekte a) Bemessung

Art. 44. Die Höhe des Staatsbeitrags wird bemessen nach:

- a) dem Interesse an der Ausführung des Projektes;
- b) dem Kriterium des ökologischen Wertes der baulichen Massnahmen.

Bauliche Vorleistungen der politischen Gemeinde, die sich vorteilhaft auf das Gewässerbauprojekt auswirken, werden bei der Bemessung berücksichtigt.

b) Voraussetzungen

Art. 45. Staatsbeiträge können geleistet werden, wenn das zuständige Departement²¹:

- a) vor Beginn der Projektierungsarbeiten die Beitragsberechtigung des Projektes anerkannt hat;
- b) den Staatsbeitrag vor der Durchführung des Gewässerbauverfahrens in Kenntnis des Projektes und der vorgesehenen Baukostenanteile von Grundeigentümern, Dritten und politischer Gemeinde in Aussicht gestellt hat.

c) Anrechenbare Baukosten

1. Grundsatz

Art. 46. Als anrechenbare Baukosten gelten insbesondere die Aufwendungen für:

- a) Projektierung;
- b) Landerwerb;
- c) Bauleitung;
- d) Bauausführung.

Die Baukosten werden höchstens zur Hälfte angerechnet für:

- 1. Hartverbauungen von Gewässerabschnitten, wenn diese Kosten nicht vom Verursacher getragen werden;
- 2. das Ersetzen von öffentlichen Verkehrswegen dienenden Eindolungen, wenn es zur Verbesserung des Hochwasserschutzes erforderlich ist.

Nicht als anrechenbare Baukosten nach Abs. 1 und Abs. 2 dieser Bestimmung gelten die Kosten für Bauzinsen, Verwaltungsgebühren und Ersatz bestehender Eindolungen.

2. Ausnahme

Art. 47. Von den Vorschriften nach Art. 46 Abs. 2 und 3 dieses Gesetzes kann abgewichen werden, wenn die Kostentragungspflicht zu einer offensichtlichen Härte für einen Wasserbaupflichtigen führen würde.

²¹ Baudepartement; Art. 25 lit. c GeschR, sGS 141.3.

d) Bauabnahme

Art. 48. Die politische Gemeinde meldet der zuständigen Stelle des Staates beitragsrechtliche Gewässerbauprojekte zur Abnahme.

Die Bauabnahme erfolgt in der Regel etappenweise.

e) Kürzung

Art. 49. Das zuständige Departement²² kürzt oder verweigert die Staatsbeiträge, wenn die Bauausführung nicht dem genehmigten Projekt entspricht.

f) Schutzbautenkataster

Art. 50. Die zuständige Stelle des Staates führt einen Kataster über die mit Staats- und Bundesbeiträgen finanzierten Schutzbauten.

Staatsbeiträge an Unterhaltmassnahmen und Renaturierungen

Art. 51. Die Regierung regelt das Beitragsverfahren für unterstützungsberechtigte Unterhaltmassnahmen und Renaturierungen durch Verordnung.

V. Besondere Bestimmungen

1. Wasserbaupolizei

Unversehrtheit von Gerinne und Ufer

Art. 52. Verboten ist, im Gerinne oder am Ufer eines Gewässers Material abzulagern oder sonstwie den freien Abfluss zu gefährden.

Gewässeraufsicht

Art. 53. Der politischen Gemeinde obliegt die Gewässeraufsicht auf ihrem Gemeindegebiet.

Sie erlässt die nötigen Verfügungen, wenn die Wasserbaupflicht auf eine Weise vernachlässigt wird, die:

- a) eine Gefährdung von Menschen oder Sachen zur Folge haben könnte;
- b) künftigen Gewässerunterhalt und Wasserbau erschwert.

Behebung des rechtswidrigen Zustandes

Art. 54. Wenn mit der Errichtung von Bauten und Anlagen ohne genehmigtes Gewässerbauprojekt oder wasserbaupolizeiliche Bewilligung begonnen wird, verfügt die politische Gemeinde die Einstellung der Arbeiten.

Wenn die Ausführung den gesetzlichen Vorschriften oder den genehmigten Plänen nicht entspricht oder sonst ein unrechtmässiger Zustand geschaffen wird, verfügt die politische Gemeinde die Entfernung oder Änderung der rechtswidrig ausgeführten Bauten und Anlagen sowie die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes.

Kontrollen

Art. 55. Die politische Gemeinde lässt an den Gewässern, die Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährden, in angemessenen Zeitabständen Kontrollen durchführen.

2. Schadenwehr

Zuständigkeit

Art. 56. Schadenwehr ist Aufgabe der politischen Gemeinde.

²² Baudepartement; Art. 25 lit. c GeschR, sGS 141.3.

Anwendbares Recht

Art. 57. Die Gesetzgebung über den Feuerschutz²³ wird für die Schadenwehr sachgemäss angewendet, soweit die Regierung nicht durch Verordnung besondere Vorschriften erlässt²⁴.

Sichernde Massnahmen

Art. 58. Wenn unmittelbare Gefahr im Verzug ist, kann das zuständige Departement für die Erneuerung und die Sicherung von Schutzbauten von der Durchführung des Gewässerbauverfahrens befreien.

VI. Schlussbestimmungen

Strafbestimmungen

Art. 59. Mit Haft oder Busse wird bestraft, wer:

- a) durch Materialablagerungen im Gerinne oder am Ufer eines Gewässers oder auf andere Weise den freien Abfluss gefährdet;
- b) ohne Bewilligung Bauten und Anlagen in, über und unter dem Hochwasserprofil eines Gewässers erstellt, ändert und beseitigt;
- c) ohne Bewilligung Werkleitungen innerhalb des Gewässerabstandes verlegt;
- d) ohne Bewilligung bauliche Massnahmen trifft, die auf den Wasserstand, auf den Lauf des Gewässers oder auf die Sicherheit von Sohle und Ufer einen Einfluss haben können;
- e) ohne Bewilligung der zuständigen Stelle des Staates von bewilligten Projekten abweicht oder Bedingungen und Auflagen von wasserbaupolizeilichen Bewilligungen verletzt.

Strafbar sind vorsätzliches und fahrlässiges Verhalten.

Änderung bisherigen Rechts

Art. 60. Das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 16. Mai 1965²⁵ wird wie folgt geändert:

b) Verwaltungsrekurskommission

Art. 41.²⁶ Bei der Verwaltungsrekurskommission können mit Rekurs angefochten werden:

a) Sozialhilfe:

1. ...
2. ...
3. Verfügungen auf Rückerstattung finanzieller Sozialhilfe;

abis) Arbeitnehmerschutz:

1. Verfügungen der zum Vollzug des eidgenössischen Arbeitsgesetzes zuständigen Stellen betreffend die Anwendbarkeit des Gesetzes, die Arbeits- und Ruhezeit, den Sonderschutz der jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmer und die Betriebsordnung;
2. Verfügungen der zum Vollzug des Bundesgesetzes über die Heimarbeit zuständigen Stelle;

ater) Berufsbildung:

Verfügungen des Amtes für Berufsbildung gegenüber Lehrbetrieben und Lehrlingen;

²³ sGS 87.

²⁴ Wasserwehrverordnung, sGS 734.211.

²⁵ sGS 951.1.

²⁶ Geändert durch Art. 18 des G über die Durchführung der Grundstückschätzung vom 9. November 2000, nGS 35-64 (sGS 814.1)

- b) Landwirtschaft:
1. Verfügungen und Einspracheentscheide der für den Vollzug des Bundesgesetzes über die landwirtschaftliche Pacht zuständigen Behörde;
 2. Verfügungen gemäss Art. 80 und 86 des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht;
 3. Verfügungen der für den Vollzug der Vorschriften über Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft zuständigen Stellen;
 4. Verfügungen der für den milchwirtschaftlichen Kontroll- und Beratungsdienst zuständigen Stellen;
 5. Einspracheentscheide der Meliorationskommission gemäss Art. 47 des Meliorationsgesetzes;
 6. ...
- c) Schätzungen:
1. ...
 2. ...
 3. ...
 4. Entscheide der zuständigen Gemeindebehörde oder der Schätzungskommission im Kostenverlegungsverfahren nach Strassengesetz **und Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau**²⁷;
4bis wird aufgehoben;
 5. Verfügungen und Entscheide der Schätzungskommission gemäss Gesetz über die Melioration der Rheinebene und die Errichtung eines Arbeitsbeschaffungskontos;
 - 5bis. Verfügungen und Entscheide der zuständigen Behörde bei Landumlegung und Grenzbereinigung gemäss Art. 116 Abs. 3 lit. b und Art. 122 Abs. 2 des Baugesetzes;
 6. ...
 7. Verfügungen und Entscheide der Schätzungskommission gemäss Enteignungsgesetz;
- cbis) Jagd:
erstinstanzliche Entscheide der Wildschadenkommission;
- d) öffentliche Dienstpflichten:
1. Verfügungen der Feuerschutzkommission betreffend die Feuerwehrdienstpflicht oder die Ersatzsteuerpflicht;
 2. Verfügungen der Feuerschutzkommission betreffend die Wind- und Feuerwachtpflicht;
 3. Verfügungen der für die Festlegung der Wasserwehripflicht zuständigen Behörde;
- e) Strassenverkehr:
Verfügungen der für den Vollzug der Vorschriften der Strassenverkehrsgesetzgebung über Fahrzeuge und Fahrzeugführer zuständigen Behörden;
- f) Abgaben:
1. Verfügungen oder, soweit das Einspracheverfahren vorgesehen ist, Einspracheentscheide der Steuerveranlagungsbehörden, einschliesslich Verfügungen bzw. Einspracheentscheide über Steuerausscheidungen;
 - 1bis. Einspracheentscheide des kantonalen Steueramtes betreffend Steuerbezug sowie Verzugszinsen;
 2. Entscheide des Gemeinderates betreffend die Veranlagung zum Feuerwehrdienstersatz;
 3. Einspracheentscheide der Militärflichtersatzverwaltung;

²⁷ sGS 734.11.

4. selbständige Verfügungen und Entscheide der obersten Verwaltungsbehörde einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt über Gebühren, Taxen, Beiträge und andere öffentlich-rechtliche Geldleistungen Privater sowie über öffentlich-rechtliche Sicherheitsleistungen und Rückerstattungen Privater;
5. Verfügungen des zuständigen Departementes über Perimeterbeiträge an das Rheinunternehmen;
- g) Verfügungen und Entscheide, für welche die Regierung, wenn nicht besondere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, durch Verordnung die Möglichkeit des Weiterzuges an die Verwaltungsrekurskommission vorsieht.

Aufhebung bisherigen Rechts

Art. 61. Das Wasserbaugesetz vom 23. März 1969²⁸ wird aufgehoben.

Übergangsbestimmung

Art. 62. Die nach bisherigem Recht zuständige Behörde oder Stelle schliesst bei Vollzugsbeginn dieses Gesetzes bei ihr eingeleitete Gewässerbauprojekte und hängige Verfahren nach bisherigem Recht ab.

Vollzugsbeginn

Art. 63. Die Regierung bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Gesetzes.

²⁸ sGS 734.11.